

Wester-Beitung

Preis 10 Pl.

Verlag: ...
Kassengasse ...
Preis: Die ...
in der ...

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlag: ...
Kassengasse ...
Preis: Die ...
in der ...

Preußen-Kontordat perfekt!

Verdoppelung der Zuschüsse an die Kirche — Jährlich 23 Millionen an die Pfaffen — Sozialdemokratische Arbeiter, was sagt ihr dazu?

III. Berlin, 22. Mai. Bei einem Abschluß der Kontordatsverhandlungen zwischen Preußen und der Kurie ist, wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ berichtet, damit zu rechnen, daß auch die finanzielle Auseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und der katholischen Kirche eine Neuregelung erfährt. Insgesamt betragen die Leistungen des preussischen Staates rund 1,4 Millionen Mark. Nach den bisherigen Verhandlungen könne angenommen werden, daß sich die finanziellen Zuswendungen Preußens in Zukunft schon infolge der Neuerschaffung von Erzbistümern und Bistümern steigern würden, und zwar sei in Zukunft ein Betrag von insgesamt 2,8 Millionen Mark in Aussicht genommen. Unabhängig von den Kontordatsbestimmungen seien die Zuschüsse, die der preussische Staat an die katholischen Geistlichen und Kirchen leistet. Die letzten für das laufende Rechnungsjahr rund 21,4 Millionen Mark betragenden Zuschüsse der preussischen Regierung sei man durchaus bereit, entsprechende finanzielle Verhandlungen auch mit den Vertretern der evangelischen Kirche zu führen.

schädigung treten, welche die Kirche für die Abtretung der Kirchengüter fordert. Die preussische SPD-Koalitionsregierung, die Sparjamkeit predigt, und sie bei der Aufstellung ihres Etats auf Kosten der Opfer der kapitalistischen Gesellschaft übt, sie vergeudet Millionen von Mark, die aus dem Schweiß und Blut des arbeitenden Volkes herausgepreßt sind, für Geschenke an die Pfaffen und die Kirche, sie verstärkt ihre Machtpositionen, sie leistet der finsternen Kulturreaktion Vorschub. Die arbeitenden Massen werden sich an die Versprechungen der SPD-Führer bei den Wahlen erinnern. Wie wetteten da die „Kulturkämpfer“ gegen die Pfaffen. Noch vor wenigen Wochen brachten die Breslauer „Linken“ im Stadtparlament eine Entschliebung gegen das Kontordat ein. Und heute? Am Sonnabend fragte die „Volksmacht“ nach: „Was wird mit dem Kontordat?“ Diese Heuchler stellen sich plötzlich blind und taub. Wenn sie wissen wollen, was das Kontordat bringt, warum wenden sie sich nicht direkt an ihre Ministergenossen? Sie wissen natürlich, daß das Kontordat Millionen-geschenke bringt, aber sie stellen sich unwillig, um die Arbeiter zu betrügen. Wie beim Panzerkreuzerbau, so sollen die SPD-Arbeiter auch beim Abschluß des Kontordats vor fertige Tatsachen gestellt werden. Diesmal ist der Betrug so offensichtlich, daß auch die SPD-Proletarier, insbesondere die proletarischen Freidenker, auf die Tricks der „Linken“ und rechten SPD-Führer nicht hereinfallen werden.

Zum SPD-Parteitag Aus der Galerie sozialfaschistischer Führer Nr. 1. Sebering der „Neine Metallarbeiter“

Er ist die klassische Verkörperung der Entwicklung von der teils revolutionären, teils reformistischen Sozialdemokratie zur Zeit August Bebel's zur offenen Verbündeten der Bourgeoisie. Als sechszwanzigjähriger Metallarbeiter begann er als Geschäftsführer der Bielefelder Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes seine Laufbahn und kletterte über die Redaktionen der Bielefelder „Volksmacht“ und ein Reichstagsmandat zum Reichs- und Staatskommissar empor, als sich die Hufe und Limberk im Frühjahr 1919 im Ruhrgebiet beim Versuch des Massenbetruges festmanöveriert hatten. Gegen General Watter allein hätten auch die sozialdemokratischen Arbeiter gekämpft. Deshalb: teile und herrsche! „Kameraden!“ sprach Sebering die Ruhrkumpels in seinem Aufruf an und mischte aus („vorübergehender“) Arbeitszeitverlängerung, Sozialisierungsschwindel, Parteiverboten, Spezialzulagen, blauen Wägen, Korrekturen militärischer „Hebergriffe“ Massenverhaftungen, „Widerungen“ des Belagerungszustandes und dem Arbeitszwang das Gericht, an dem die revolutionäre Energie des Ruhrproletariats erstickt sollte. Geben wir Karl Sebering selbst das Wort:



„In der Streikbewegung erlangte sie (die Verordnung, die den Arbeitszwang bei hoher Strafe aussprach) eine große Bedeutung dadurch, daß die Gemeindebehörden es nun in der Hand hatten, die intellektuellen Urheber des Streiks zur Leistung von Notstandsarbeiten anzuhalten. Die Drahtzieher kamen dadurch in eine nicht gerade angenehme Situation. Entweder leisteten sie der Aufforderung Folge, und dann wären sie der Bewegung entzogen und erregten das Mißtrauen ihrer Kameraden, oder aber sie verweigerten die Notstandsarbeiten, dann konnten sie von der Behörde auf andere Weise unschädlich gemacht werden.“

Solche Verschlagenheit begründete für alle Zeit den Ruf des Neine Metallarbeiters. Als Kapp sich nach prominenten Ministern umfah, fiel seine Wahl auch auf Sebering, der aber alle Hände voll zu tun hatte, im Ruhrgebiet das durch den Kapp-Putsch entzündete revolutionäre Feuer zu löschen. Er behielt die bewährte Methode bei, und während er die Eisenbahner zu bereden suchte, den Truppentransporten keine Schwierigkeiten zu machen, arbeitete er an der Spaltung der kämpfenden Arbeiter, bis die Truppenmenge zur Niederwerfung der noch kampfschloffenen Arbeiter ausreichte.

Wer konnte für das Amt des preussischen Polizeiministers geeigneter erscheinen als der Bürger des Ruhrproletariats. Er mußte, daß das Proletariat in Mitteldeutschland noch von den Kämpfen im Kapp-Putsch her Waffen besaß. Die Arbeiter wehrten sich gegen verschärfte Ausbeutung. Gelang es, die Arbeiter zu provozieren, so würden auch ihre Waffen zum Vorschein kommen. Deshalb Polizei nach Mitteldeutschland, aber nicht zu viel; denn „wäre der Einsatz von Polizeikräften so massiert worden, wie es heute (vermutlich aus parteipolitischen Erwägungen) als größte Weisheit bezeichnet wird, dann wäre das Gewitter nicht zur Entladung gekommen, die Schwülde aber geblieben.“

Die Bourgeoisie weiß, was ihr die Koalition mit einer „Arbeiterpartei“ wert ist, die ihr so gerissene und so wenig blutige Sachwalter stellt und war sehr einverstanden, als Sebering als Reichsinnenminister präsentiert wurde. In diesem Amt kann der Neine Metallarbeiter noch nützlicher wirken, denn die Zeiten sind ernst für die Bourgeoisie. Sebering springt ein, wo die Herren der Wirtschaft mit den Herren des Gewerkschaftsapparates über die Grenzen der Abwägung der Wirtschaftskämpfe nicht handelnsfähig werden können. Ohne Sebering hat Jörgiebel die blutige Maisproduktion in Berlin nicht organisiert, er und Orzeszinski haben beim Verbot

Die Mitteilungen des „Demokratischen Pressedienstes“ bestätigen unsere Voraussetzungen, daß das Kontordat weitere Geschenke an die Pfaffen bringen wird. Zu der Verdoppelung der Leistungen von 1,4 Millionen Mark auf 2,8 Millionen Mark jährlich wird voraussichtlich außerdem noch die einmalige sehr beträchtliche Ent-

„Einigung“ in Paris

III. berichtet: Nach Pariser Informationen ist in den Verhandlungen der Gläubigermächte eine Einigung dahingehend zustande gekommen, daß nach aktueller Auffassung den Forderungen der Gläubiger Rechnung getragen wird, ohne die Gesamthöhe der deutschen Zahlungen heraufzusetzen. Dieses soll damit erreicht werden, daß Deutschland in den ersten Jahren die Gewinne der Reparationsbank entzogen werden und der transfer-ungefährte Teil der Zahlungen eine jährliche Steigerung erfährt. Der Schlußbericht der Gläubiger soll den deutschen Sachverständigen in Paris am Mittwoch überreicht werden.

Nach italienischen Pressestimmen wird sich Italien mit dem neuen von den Gläubigermächten abgeänderten Zahlungsschlüssel zufrieden geben.

Die „Times“ ließ sich dieser Tage aus Paris telegraphieren, daß die Reparationsbank nicht nur die Probleme zu behandeln habe, die aus der Regelung der deutschen Reparationen entspringen, sondern die Probleme der internationalen Regelungen im allgemeinen.

Dieser Hinweis zielt ebenso wie der kürzlich erschienene Leitartikel der „Agence Economique et Financière“ auf eine Regelung der Reparations- und Schuldenfragen der kapitalistischen Großmächte auf Kosten der Sowjetunion: Die russischen zaristischen Schulden sollen herangezogen werden, um die Kriegsschulden Deutschlands und der alliierten Mächte an Amerika zu erleichtern. Es war vor allem die deutsche Delegation, die eine führende Rolle bei dieser Herstellung der imperialistischen Einheitsfront gegen die U.S.S.R. gespielt hat. Hier liegt die Erklärung für die unter Bezugnahme auf geheime „politische Erwägungen“ plötzlich durchgeführte Einschwenkung Dr. Schachts und Annahme des Zahlungsplanes von Young. Es ist bezeichnend, daß die deutsche Presse mit Ausnahme der „Rdnischen Zeitung“ den Anti-

sonjertartikel der „Agence Economique et Financière“ aus bösem Gewissen vollkommen totgeschwiegen hat.

Diese Tatsachen zeigen die Richtigkeit der Voraussage der SPD: Die Pariser Reparationsverhandlungen dienen der Herstellung der imperialistischen Front gegen die U.S.S.R.

Vom Tage

Am Dienstagfrüh ist in London Lord Rosebery gestorben, der im Jahre 1894 englischer Ministerpräsident wurde und nach seinem Rücktritt die Führung der Liberalen Partei im Unterhaus längere Zeit innehatte.

Der spanische König hat einen Erlass unterzeichnet, durch den die kürzlich ausgesprochene Schließung der Universitäten wieder aufgehoben wird.

Das Erdbeben in Kleinasien forderte nach den letzten Meldungen 50 Todesopfer und nahezu 100 Verletzte.

Der Spinnereiarbeiterstreik in Bombay hat eine neue Verschärfung erfahren.

Die Schlichtungsverhandlungen für die Reichsbahnarbeiter sind für Freitag, den 25. Mai, festgesetzt.

Der Sächsische Landtag ist für den 6. Juni einberufen worden.

Der polnische Außenminister Jaleski ist am Montag zu einem Besuch der ungarischen Regierung in Budapest eingetroffen. In Barcelona wurde am Sonntag die Weltausstellung eröffnet.

Nach einer wichtigen Regierungssprechung in Washington wurde im Weißen Haus bekanntgegeben, daß Amerika bereit sei, auf einen Teil seiner Befreiungsansprüche zu verzichten. Dafür soll der Zinssatz erhöht und eine längere Zeitdauer für die Jahreszahlungen vorgesehen werden.

(Höhere Zinsen, längere Dauer der Zahlungen für angeblich herabgeminderte Befreiungsansprüche ist ein recht zweifelhaftes „Entgegenkommen“. Die Red.)

Auf den Hund gekommen!

Ablenkungsmanöver der schlesischen SPD-Presse

Breslau, 22. Mai.

Durch die schlesische SPD-Presse geht ein von dem berüchtigten „Vergewaltigt“ Redakteur Luschner verfasster Artikel, betitelt: „Nieder- gang der SPD. in Schlessen“, der sogar von der „linken“, „Salzburger Volkszeitung“ nachgedruckt wurde. Herr Luschner hat, um einen „Nieder- gang der SPD. in Schlessen“ zu konstruieren, sich der Methode bedient, sowohl aus dem in der „A. Z.“ erschienenen Begrüßungs- artikel des Genossen Dombrowski, als auch aus dem Bericht der Bezirksleitung einige Sätze aus dem Zusammenhang herauszureißen und dann seine Schlussfolgerungen anzustellen. Dabei ließ er seiner Phantasie weitgehend die Fäden schlingen. So behauptet er u. a., Dombrowski hätte den kommunistischen Funktionären unter den Bergarbeitern bescheinigt, daß sie „noch mit starken Resten sozial- demokratischer Tradition belastet sind und daß sie vor den Vorstößen und den Drohungen des Gewerkschaftslegalismus zurückweichen“. Dabei ist in dem Artikel mit keinem Wort von den Funktionären im Bergarbeiterverband die Rede, sondern die Behauptung bezieht sich auf einen kleinen Teil von Genossen, die der Durchführung der Beschlüsse des 4. K. O. Kongresses Widerstand entgegensetzten. Diese Selbstkritik wurde nicht nur von Mitgliedern der Bezirks- leitung, sondern auch von den meisten Delegierten, die auf dem Parteitag sprachen, unterstrichen.

Herr Luschner aber läßt dreist darauf los: „Der Erfolg war, daß sich die Delegierten kräftig gegen die Annahme Dombrowskis wehrten.“ Wahr ist, daß auch nicht ein Dele- gliertes Einwendungen gegen den Artikel erhoben hat. Schon diese aus den Fingern gelegene Behauptung zeigt, daß Herr Luschner sich aller Mittel der Lüge und Unterstellung bedient, um die SPD. herab- zusetzen.

Noch unverschämter ist Herr Luschner bei den Zitat aus dem Bericht der Bezirksleitung. Er zitiert einen halben Satz über den Stand der kommunistischen Presse, die andere Hälfte des Satzes unterschlägt er. Wohl berichtet er, daß die Abonnentenzahl der „Arbeiter-Zeitung“ um 5,8 Prozent zurückgegangen ist, er verschweigt aber, daß im selben Satz behauptet wird, daß in den Orten Bries, Kauffung, Nieder-Salzbrunn, Königszelt, Schweidnitz, Sprottau, Liegnitz, Konradsbühl und einigen Orten Oberschlesiens eine Zunahme der Abon- nenten erzielt worden ist. Herr Luschner hat natürlich auch „über- sehen“, daß laut Bericht an den Bezirksparteitag die Leserschaft der „Arbeiterstimme aus dem Eulengebirge“ um 28 Prozent gestiegen ist, weil bei dieser Zeitung der Abonnementspreis nicht erhöht ist. (Das hindert selbstverständlich den „Proletarier aus dem Eulen- gebirge“ nicht, den Artikel des Lügen-Luschner nachzudrucken und von einem Rückgang der kommunistischen Presse zu fesseln.) Auch sonstige „Kleinigkeiten“ sind Herrn Luschner „entgangen“, z. B. die ständige Steigerung der Auflage der „Arbeiter-Zeitung“ an anderen Tagen. Die Er- werbslosenausgabe der „Arbeiter-Zeitung“, die erstmalig am 17. Januar erschien und mit einer Auflage von 1200 Exemplaren begann und einen Stand von 9900 Exemplaren erreichte, ist in dem Bericht an den Bezirksparteitag erwähnt. Herr Luschner, der „Krieger“ der schlesischen SPD., hat auch davon keine Ahnung, bzw. will davon

nichts wissen. Stellt man dem erwähnten Abonnentenrückgang der „Arbeiter-Zeitung“ die Tatsache gegenüber, daß die „Arbeiter- Zeitung“ zweimal in der Woche, einmal als Er- werbslosenausgabe, einmal als Wochenausgabe in einer 8000 bis 9000 Exemplaren betragen Abonnentenzahl übersteigenden Auflage erscheint, so er- gibt sich insgesamt, daß die kommunistische Presse in Schlessen ihren Leserkreis erweitert hat. Die Tat- sache, daß die „Arbeiterstimme“ in der Reichweite ihren Abonnentenstand um 28 Prozent erhöhen konnte, unterstreicht die Richtigkeit der Behauptung, daß der geringe Rückgang der Abonnentenziffer der „Arbeiter-Zeitung“ auf die Abonnementspreiserhöhung und die katastrophale Erwerbslosigkeit zurückzuführen ist. Mit dem Rückgang der Erwerbslosigkeit steigt — das zeigt bereits die Ent- wicklung in den letzten Wochen — ständig die Zahl der Leser der „Arbeiter-Zeitung“. Aus der großen Zahl der Leser der Wochen- und Erwerbslosenausgabe werden die Genossen und Genossinnen der „Arbeiter-Zeitung“ in den nächsten Wochen und Monaten durch ständige systematische Werbung Hunderte neuer Abonnenten zuführen.

Der Bezirksparteitag war kein Zeichen des Niedergangs der SPD., sondern ein Beweis dafür, daß die kommunistische Partei mit bolschewistischer Offenheit ihre Fehler kritisiert und aufdeckt, um den kommenden großen Aufgaben gewachsen zu sein.

Die Tatsache, daß die SPD.-Presse jetzt, nachdem über drei Wochen seit dem schlesischen Bezirksparteitag verstrichen sind, über den Rückgang der SPD. fesselt, zeigt, daß sie damit die Aufmerksamkeit der sozialdemokratischen Arbeiter von der schändlichen Politik der sozialistischen Führer ablenken will.

Sie wird damit keinen Erfolg haben. Ihr erbärmliches Spiel wird von der Arbeiterklasse immer mehr durchschaut.

Herr Luschner wäre nicht der berüchtigte „Vergewaltigt“-Schmierer, wenn er nicht zu der plumpen Fälschung des Berichts der Bezirks- leitung und den Redaktionsberichten noch die persönliche Insamierung fügen würde. So behauptet dieser „Vergewaltigt“-Redakteur nachweis- lich wider besseres Wissen, daß Genosse Dombrowski „erst in den letzten Jahren seine Eignung als proletarischer Klassenkämpfer ent- deckt habe“. Herr Luschner ist dabei als Mitglied der SPD. bekannt, daß unser Genosse sich seit 23 Jahren in der Arbeiterbewegung be- tätigt und seit 1907 ununterbrochen politisch organisiert ist.

Mit denselben Zitatstücken wie die SPD.-Schmierer versuchen auch die Hausen-Leute aus dem schlesischen Bezirksparteitag Kapital zu schlagen. In einem ellenlangen Artikel des „Kämpfers“ müht sich ein Hausener ab, den Nachweis zu erbringen, daß bis Mitte der rechten Negativen richtig ist. Diese Behauptungen in Verbindung mit kredigen persönlichen Annahmen und ihre ewigen Wiederholungen finden nicht einmal mehr Beachtung bei den wenigen Arbeitern, die sich zur Hausen-Gruppe zählen. Neu ist lediglich, daß die Hausener nunmehr eine neue Entdeckung gemacht haben, nämlich die: daß es Rückfall in den Spukalismus ist, wenn die Partei konstatiert, daß die Wirtschaftskämpfe ein Hebel zur Zerkümmern der immer fauler werdenden Stabilisierung sind. Das ist eine Entdeckung, die wirklich einmal den Reiz der Neuheit hat.

Reichswehrsoldaten beim Oppelner Ueberfall beteiligt?

Breslau, 21. Mai.

Unter der Überschrift „Ist das wahr, Herr Gröner?“ schreibt die „Welt am Montag“:

„In dem Telegramm, das der Verband der Polen in Oppeln wegen der Ausschreitungen der dortigen Nationalsozialisten an den Völkerrund gerichtet hat, heißt es:

„... Die Polizei versagte. Auf dem Bahnhof, wohin die Theaterkünstler sich begeben mußten, schloß die Polizei. Infolge dessen wurden einige polnische Künstler und Künstlerinnen von deutschen Nationalisten blutig geschlagen und teilweise sogar schwer verwundet. An den brutalen tätlichen Ausschrei- tungen nahmen auch einige Reichswehrsoldaten teil.“

Wir halten es für selbstverständlich, daß der Reichswehr- minister sofort eine strenge Untersuchung über diese vor dem inter- nationalen Forum erhobene Beschuldigung gegen die Reichswehr angeordnet hat.“

Daß nationalistic seit Jahren verhegte Reichswehrsoldaten an dem blutigen Ueberfall in Oppeln beteiligt waren, halten wir durch- aus für möglich. Die strenge Untersuchung, die von der polnischen „Welt“ gefordert wird, ist dagegen bei dieser Reichswehr und diesem Reichswehrminister nicht selbstverständlich, sondern höchst fraglich.

Sozialistischer Künstler lügt weiter

Lügen-Künstler, der commis voyageur des Berliner Mailubades, hat sich für seine Berichterstattung auch im Kreise seiner eigenen Parteigenossen schon recht derbe Abföhren gelockt. Aber wie die Rufe des Waischen, so kann Künstler das Lügen nicht lassen. Obwohl ihm bekannt ist, daß der Genosse Manuelli sich weder vor, noch zur Zeit, noch nach den Berliner Waisereignissen in Berlin aufgehalten hat, hält dieser linke Sozialist, ohne von dieser Tatsache überhaupt Kenntnis zu nehmen, seine infamen Lügen aufrecht. So berichtet das sozialdemokratische „Hamburger Echo“ am Sonnabend, dem 18. Mai, daß Künstler in der dortigen Funktionärskonferenz in seinem Schluss- wort „in bezug auf Manuelli mit allem Nachdruck betonte, daß solche Palanken in Deutschland nichts zu suchen hätten.“

In der Moskauer „Pravda“ erschien als Antwort auf die Lügen des Sozialistischen Künstlers ein Artikel, dem wir noch einmal fol- gende Feststellung entnehmen:

„Wenn Jürgiebel in Moskau wirklich Informatoren und nicht Schlafmagen hätte, so hätte man ihn rechtzeitig mitgeteilt, daß bis zum 30. April einschließlic in Moskau eine Parteikonferenz statt- fand, daß Manuelli im Präsidium dieser Konferenz saß; über- haupt sah ihn in diesen Tagen in Moskau Hunderte und Tau- sende. Am 1. Mai konnte man Genosse Manuelli auf dem roten Platz sehen, wo Hunderttausende ihn sahen.“

Wir glauben nicht, daß diese erneute Feststellung der Wahrheit nur im geringsten geeignet sein wird, dem Sozialistischen Künstler das Lügen abzugewöhnen. Er wird es sich nicht abgewöhnen, weil er bewußt infame Lügen verbreiten muß in der Hoffnung, durch ber- artige infame und gemeine Methoden die Erregung des deutschen Proletariats über das von seinem Parteigenossen Jürgiebel kalbblütig durchgeführte Mailubad abzuschwächen.

Jagow — Jürgiebel Betrachtungen einer bürgerlichen Zeitung

Die „Berliner Volkszeitung“, ein Masse-Organ, schreibt unter obigem Titel in ihrer Morgenausgabe vom 18. Mai: „10., 12., 21. Januar 1908. Straßendemonstrationen der Sozialdemokratie für Aenderung des Preussischen Wahlrechts. Zusammenstöße mit der Polizei.“

Es folgen dann in der „Volkszeitung“ eine ganze Reihe ähnlicher Feststellungen, und es heißt dann weiter:

„24. Januar 1911. Nach elf Tagen Urteil im zweiten Moabit- Prozeß. 16 Angeklagte erhalten 6 Wochen Haft bis 1. Jahr Gefäng- nis. Beide Urteile stellen Uebergriffe der Polizei fest. Am Ende des zweiten Prozesses gibt der Vorsitzende, Landgerichtsdirek- tor Unger, den Geschworenen folgende Rechtsbelehrung:

„Wenn die Polizeibeamten dann, wie uns die Zeugen im Falle Hermann ausgesagt haben, den Mann, der ruhig über die Straße kam, mit dem Säbel niederschlugen, so daß er nicht wieder aufstand, so war das keine rechtmäßige Aus- übung des Amtes, und wer sich gegen diese Brutalität gewehrt hätte, meinetwegen mit einem wohlgezielten Revolverschlag, der hätte nicht rechtswidrig gehandelt.“

Die Volkszeitung schließt: „Das war alles 1908 bis 1911 unter Jagow und Wilhelm II.“

Drei Kinder an Kohlenofen erstickt

Freysdorf, 21. Mai. In Wallwitz legten sich eine Tod- und zwei Söhne des Obermeisters Friedrich Bock, im Alter von 3, 4 und 2 Jahren, in der Küche zu Bett. Aus dem Herd fiel ein noch glühendes Brickett in den Kohlenkasten, wodurch die übrigen Bricketts zu glimmen begannen. Durch die entstehenden Kohlenofen- gasen erstickten die drei Kinder.

II. Öffentliche Quittung der Sammlungen für die Malopler

Bisheriges Ergebnis	50,60 M
Strehlen Sammelbüchse	22,10 M
Strehlen a Konto Sammellisten	35,25 M
Breslau Sammelliste Nr. 39	3,00 M
Breslau Sammelliste Nr. 40	6,20 M

Zusammen 117,15 M

zusammengearbeitet. Ist es ein Wunder, daß Stahlbahnfahrer und Nationalsozialisten in Karl Goring den kommenden Mann nach ihrem Geschmack sehen?

Und da die Zeichen auf Sturm stehen, ist Severings Laufbahn nicht abgeschlossen. Dieser „Metallarbeiter“, der seine schlichte Wieder- setz unaufrichtiglich zur Schau stellt, der dem Kollegen aus der Werk- stalt gern die Hand drückt, der moder die geprellte Eitelkeit des Typus Scheidemann, noch die großmühtige Zuschlagemanier des Typus Rostke hat, repräsentiert einen weit gefährlicheren Typ. Und wenn der diesjährige Parteitag der SPD. ihn wiederum wie der letzte mit härmlichem Beifall begrüßt, so wird nur die Tatsache unterstrichen, daß nicht nur der kleine Metallarbeiter, sondern die SPD. die Boge des Sozialfaschismus trägt.

Weitere Rote Pfingstaufmärsche

In Bremen hätte der Senat den Arbeitertag verboten. Am Sonntag fand trotzdem eine wichtige Protestkundgebung statt. Beim Wamarkt in die Quartiere attackierte die Polizei die Demon- stranten. Es fanden sieben Verhaftungen statt. Am Montagvormittag fand eine Jugenddemonstration statt, wieder ohne Zwischenfälle. Die Polizei kam mit ihren Postautos zu spät.

Viele Tausende Arbeiter aus dem Erzgebirge und Vogtland waren in Aue zum Pfingsttag der SPD. am ersten Pfingsttag aufgemarscht. Der Aufmarsch gestaltete sich zu einer vom Kampf- geist getragenen Demonstration gegen die sozialfaschistische Koalitions- politik. Die Polizei hatte es darauf angelegt, den Aufmarsch durch Versperremassnahmen in Chemnitz und durch Abfangen von Autos gewissermaßen zu isolieren. Jedoch ohne Erfolg. Auch die Kameraden des verbotenen K. O. marschierten in Bundesleitung auf.

Die SPD. Niederachsen rief zum ersten Pfingsttag zum roten Treffen nach Braunschweig auf, wo die sozialdemokratische Regierung am Freitag durch die Ablehnung der Auflösung des Landtages ihre Angst vor den werktätigen Massen demonstriert hatte. Aus allen Teilen des Bezirks waren Delegationen erschienen, circa 3000 Arbeiter demonstrierten unter roten Fahnen und revolutionären Losungen:

- Die Straße gehört den Arbeitern!
- Rot Front marschieren!
- Wir lassen uns nicht verbieten!
- Trotz K. O.-Verbot rote Klassenfront!
- Wir sind nicht zu verbieten! Rot Front!

Im Zuge fielen besonders die starken Gruppen in grauen Mänteln und grauen Mützen auf, die am Kopf den Sowjetstern trugen. Eine Gruppe fremdsprachiger Zimmerleute erragte großes Interesse. Sie trugen an ihrer Spitze ein Transparent mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Polizeiterror!“ Zahlreiche Arbeiter trugen an ihren Mützen Plaketten mit der Aufschrift: „Verboten!“ Der Zug machte einen starken Eindruck und wurde in den Arbeiterkreisen freudig begrüßt. An der Kundgebung selbst nahmen circa 6000 Arbeiter teil.

Verhaftungen, Beschlagnahmungen usw.

Auf Befehl der weißgardistischen Polizeioffiziere wurden vor dem Aufmarsch am Bahnhof in Hamburg zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, um so die Abfahrt zu verhindern.

In Oberhausen, Duisburg nahm die Polizei vor der Abfahrt zahlreiche Verhaftungen vor. Allein in Hamburg wurden 15 Genossen auf Befehl des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Mayer verhaftet. Zahlreiche K. O.-Koppel, graue Mützen (ohne Abzeichen), Transparente wurden beschlagnahmt. Ein Trans- parent, welches die Aufschrift „Nieder mit der Koalitionsregierung!“ trug, wurde beschlagnahmt.

Zweieinhalb Jahr Gefängnis für reformistischen Gewerkschaftsbeamten 124000 Mark Arbeitergelder unterschlagen

Am 15. Mai fand vor dem Erweiterten Schöffengericht München der langjährige Gewerkschaftssekretär Georg Murböck, Sekretär des freigewerkschaftlichen deutschen Landarbeiterverbandes. Er war angeklagt, selber des D. O., wie der Münchener Kleinwohnungs- baugenossenschaft, deren Kassierer er war, unterschlagen zu haben. Das Gericht stellte Unterschlagungen in Höhe von 124 592 Mark fest. Das Schöffengericht München verurteilte Murböck zu 2 1/2 Jahren Gefängnis.

Bei der Zeugenvernehmung ergab sich, daß Murböck seit Jahren ein ausweichendes Boursgeoisleben geführt hatte. Er machte in Beinerkautants Zeichen von 100 Mark und gab Riesensummen für zahlreiche Prostituierte aus. Der Hauptvorwand des D. O. ließ jahrelang nur oberflächliche Revisionen vornehmen, weil Murböck ein unübertrefflicher Kommunistenreferent war und deshalb so lange wie möglich gehalten werden sollte.

Murböck ist nur einer jener korrupten Gewerkschaftsführer, die jederzeit bereit sind, die Interessen der Arbeiterklasse an die Kapital- listen zu verkaufen. Es ist nur logisch, daß die Leute, die sich von der kapitalistischen Klasse kaufen lassen, die alle christlichen Arbeiter mit jauchendem Geh verjagen und sogar die blutige Niederschlagung von Maidemonstrationen organisieren, von Stufe zu Stufe hinabsinken. Murböck landete in der Kriminalität und im Vorfeld, er mußte jetzt von der D. O. Murböck freigegeben werden. Es ist aber Ende der christlichen Arbeiter, allen korrupten reformistischen Gewerkschafts- führern das Handwerk zu legen.

Die Hungersnot in Kan.

Kanada, 21. Mai. Die Renter aus Peking berichtet, daß der Bericht des Reuters des Untersuchungsanschlusses für die Hungersnot in der Provinz Kansu, Zinlas Kanren, fest, daß in ver- schiedenen Gebieten der Kanadabahn herrscht. In der Nähe von Chingaiten fand Andrew 25 Familien, die von den Bewohnern ge- löst und teilweise ausgegeben worden waren. Andrew nahm ver- schiedene Erklärungen von Personen entgegen, die diese Vorgänge beobachtet hatten. In einigen Bezirken sollen die Bewohner ver- hungern, weil sie kein Geld besitzen, die geringen noch verfügbaren Nahrungsmittel zu kaufen, während in anderen Gebieten die Leute verhungern, weil überhaupt keine Nahrungsmittel vorhanden sind.



REEMTSMA
CIGARETTEN

ERNTTE 23

STANDARD-MISCHUNG

REEMTSMA
ERNTTE 23

5 Pf.

Alles was

Natur und Mensch

an höchster Leistung vollbringt, ist in dieser Packung eingeschlossen, die das märchenhaft schöne Aroma echter naturreiner Orienttabake lebendig erhält.

Arbeitslose, kämpft!

Gegen den Unterstützungsabbau

Der Syrup-Erlaß, die erste Etappe des „Sofort-Programmes“

Von Erich Steffen-Berlin

Am 1. Mai veröffentlichten die Arbeitgeberverbände ihre Forderungen auf Abbau der Arbeitslosenunterstützung. In der Kabinettsitzung am 6. Mai beschloß die Regierung unter Führung der Sozialdemokraten Müller, Pilschding, Severing und Piffel, ein „Sofort-Programm“ gegen die Erwerbslosen vorzubereiten. Schon am 7. Mai wurde vom Vorstand der Reichsanstalt ein Erlaß herausgegeben, der auf der Linie der Unternehmerforderungen liegt und die erste Etappe des „Sofort-Programms“ darstellt. Dieser Erlaß entlarvt gleichzeitig die Oppositionsmanöver der SPD- und Gewerkschaftsführer. Splich, Mitglied des ADGB-Vorstandes und Vorstandsmittglied der Reichsanstalt, schreibt im „Berliner Tageblatt“ gegen das „Sofort-Programm“. Der „Vorwärts“ und die „Gewerkschaftszeitung“ täuschen die Arbeiter durch Protesttheater. Zur selben Stunde stimmen aber die Vertreter des ADGB, Splich, Köhne und alle anderen „Arbeitervertreter“ gemeinsam mit Dr. Erdmann vom Arbeitgeberverband und den Vertretern der anderen Unternehmerorganisationen für einen Erlaß gegen die Erwerbslosen.

entziehen. Um den Arbeitern zu zeigen, mit welcher zynischen Brutalität die Sozialreaktion vorgeht, ist es notwendig, die entscheidendsten Punkte des Erlasses aufzuzeigen.

Der Erlaß versucht, den Dauererwerbslosen die

Arbeitsfähigkeit

abzuspüren. In dem Abschnitt heißt es wörtlich, daß das ärztliche Gutachten nur eine der Grundlagen ist, um über die Arbeitsfähigkeit zu entscheiden. Das Schwergewicht wird in Zukunft auf die Anweisung gelegt werden, die da lautet:

„Das bisherige Berufs- und Arbeitsschicksal des Antragstellers, insbesondere auch die darüber vorhandenen Kenntnisse des Arbeitsvermittlers (z. B. wiederholte Fehlmeldungen, wiederholtes erfolgloses Stellenangebot) können eine vom Arztgutachten abweichende Beurteilung der Arbeitsfähigkeit rechtfertigen.“

Diese Auslegung steht nicht nur im Widerspruch zu allen bisherigen Kommentaren, sondern der Wortlaut des § 88 sagt im Abschnitt 3, daß die Arbeitsunfähigkeit nur dann angenommen werden darf,

„wenn sich sein (des Arbeitslosen) körperlicher oder geistiger Zustand nach dem Ausscheiden aus der Beschäftigung so verändert hat, daß die Voraussetzungen des Absatzes 1 (Arbeitsunfähigkeit von ein Drittel einer normalen Arbeitskraft) nicht mehr vorliegen.“

Wenn in Zukunft Arbeitsunfähigkeit dadurch begründet wird, daß die Vermittlung wiederholt erfolglos war, so bedeutet das, daß besonders die langfristigen Arbeitslosen als arbeitsunfähig gestempelt werden. Besonders ältere Arbeitslose und Angestellte werden als für den Arbeitsmarkt nicht mehr in Frage kommend von Unterstützung und Vermittlung ausgeschlossen werden. In einem Artikel des

„Reichsarbeitsblattes“ war nachgewiesen worden, daß circa 100 000 langfristige Arbeitslose, die man wiederholt versucht hat zu vermitteln, in der Hauptsache deswegen nicht eingestellt wurden, weil sie dem Unternehmer zu alt sind oder „sonstige“ Gründe vorliegen, ohne daß die Betroffenen im Sinne des Gesetzes arbeitsunfähig waren. In Zukunft soll es dem Arbeitsvermittler überlassen sein, ohne weitere Untersuchung jeden, der wiederholt das Unglück hat, nicht eingestellt zu werden, aus der Unterstützung hinauszumerfen.

Auch die sogenannte

Vermittlungsfähigkeit

hat gleichfalls eine rechtlich unhaltbare Auslegung erfahren.

Es heißt in dem Erlaß:

„Ein Arbeitsloser, der Unterstützung begehrt, muß dem Arbeitsmarkt... tatsächlich zur Verfügung stehen. Danach steht eine Frau, die den überwiegenden Teil des Arbeitstages durch Hausarbeit in Anspruch genommen wird, im allgemeinen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung.“

Diese Auslegung steht gleichfalls im Widerspruch zum § 173 des ARBGG. Der Absatz 1 besagt:

„Der Arbeitslosenunterstützung empfängig, hat sich regelmäßig beim Arbeitsamt zu melden, um Arbeit zu erlangen.“

Im Abschnitt 3 heißt es weiter:

„Das Nähere bestimmt der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes. Er bestimmt insbesondere, wie oft sich der Arbeitslose zu melden hat und für welche Zeiträume die Meldungen gelten. Er soll mindestens drei Meldungen in der Woche vor-schreiben und Ausnahmen nur zulassen, soweit der Zweck der Regelung nicht darunter leidet.“

Durch diese Bestimmung steht der Unterstützungsempfänger dem Arbeitsamt tatsächlich jederzeit zur Arbeitsvermittlung zur Verfügung. Was der Erwerbslose nach Erfüllung seiner Kontrollpflicht macht, ist nicht Sache des Arbeitsamtes. Mit derselben Begründung, daß die Frauen durch ihre Hausarbeit dem Arbeitsamt nicht zur Verfügung ständen, kann auch jedem männlichen Erwerbslosen, der Hausarbeit verrichtet, weil seine Frau arbeitet oder sonst eine Beschäftigung ausübt, die Unterstützung entzogen werden. Der Erlaß steht daher im Widerspruch zum Wortlaut des Gesetzes. (Schluß folgt.)

Eine neue Gefahr für die Arbeiter

Prämienlohnsystem — das neue Ideal der Gewerkschaftsführer

Wir veröffentlichen einen Artikel über die Einführung des Prämienlohnsystems in der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei. Der Artikel ist für die Erwerbslosen, für die vor der Aussperrung stehenden schließlichen Textilarbeiter und überhaupt für alle Arbeiter von größtem Interesse.

Der Kampf um die Absatzmärkte zwingt die deutsche Exportbourgeoisie zu einer neuen Rationalisierungswelle. Durch den rücksichtslosesten Raubbau an der Arbeitskraft des Proletariats, durch Bekämpfung im wahren Sinne des Wortes will die deutsche Bourgeoisie ihre Gegner auf dem Weltmarkt aus dem Felde schlagen. Ein krasses Beispiel dafür, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gewillt sind, den Unternehmern bei diesen arbeiterfeindlichen Plänen zu helfen, ist der Abschluß eines Lohn-tarifes zwischen dem Deutschen Textilarbeiterverband und der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei, in deren Betrieben 25 000 Arbeiter beschäftigt sind. Dieser Tarif funktioniert den bisher von den Gewerkschaften bekämpften Leistungslohn. Skrupellos haben diese Arbeitervertreter im DAB jetzt auch noch die Freiheit, den Leistungslohn als einen „neuen Gedanken“, der nach eine große Zukunft in Deutschland haben kann, zu bezeichnen. Jetzt haben die Arbeiter das Wort.

Was ist Leistungslohn?

Wem unterscheidet sich derselbe vom gewöhnlichen Akkordlohn? Das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes „Der Textilarbeiter“ schreibt nach dem Abschluß des Tarifes, der das Prämienlohnsystem festlegt, in seiner Ausgabe vom 19. 4. 29: „Der vom DAB-Kongress eingeführte Leistungslohn ist auch nichts anderes als ein verfeinerter Akkord“. Das ist eine bewußte Verfälschung. Natürlich ist jeder Akkord ein gewisser Leistungslohn, da ja der Arbeiter nicht nach der Zeit, sondern nach einer bestimmten Menge geleisteter Arbeit bezahlt wird. Durch die Bezeichnung „verfeinerter Akkord“ will man den Verrat, den man durch Abschluß dieses Tarifes an den Interessen der Arbeiter begangen hat, nur verheimlichen. Im Gegensatz zu heute schrieb „Der Textilarbeiter“ während des monatelangen Kampfes der Arbeiter gegen den DAB-Kongress in Nr. 23 vom 10. Juni 1927 über die Prämienfestsetzung dieses Leistungslohnsystems:

„Es ist klar, daß sie so aufgestellt werden wird, daß nur ein kleiner Teil in den Genuß einer Prämie und vielleicht höchst selten ein Arbeiter in den Genuß der Höchstprämie kommt und ein großer Teil von der Prämie ausgeschlossen ist infolge der auf Grund vor-gesehener Prämienfestsetzung verlangten hohen Leistung. Das nennt Dr. Hort: das verfeinerte Akkordsystem.“

Die man nicht, machen diese Arbeiterbetrüger aus Schwarz Weiß. In einer Broschüre, die der DAB gegen den DAB-Kongress herausgegeben hat, heißt es auf Seite 70:

„Die Kongressleistung hat nur in ihren Betrieben, in denen der von ihr genannte Leistungslohn eingeführt ist, eine erhöhte Leistung heranzubringen wollen, d. h. sie wolle die Arbeitskraft des einzelnen bis zur Erschöpfung ausnützen. Aus diesem Grunde hat sie auf die jeweiligen höchsten Leistungsfähigkeiten, die vorhanden waren, hoch bestimmte Sondervergütungen gebildet, die als Belohnung für diese über die Höchstleistung hinausgehende Leistung gedacht war.“

So wurde das Prämienlohnsystem des DAB-Kongresses im Jahre 1927/28 von der Verbandsbürokratie im Gegensatz zu heute treffend gekennzeichnet. Die Arbeiter erhalten diesen Leistungslohn für das Normalpensum, welches natürlich ziemlich hoch geschraubt ist und teilweise nur von einem voll leistungsfähigen und gut eingearbeiteten Arbeiter erreicht werden kann, als einen bestimmten Akkordlohn. Geht der Arbeiter über das Normalpensum hinaus, dann erhält er Zuschläge für die Mehrleistung, die über dem einfachen Akkordlohn liegen. Je höher die Mehrleistung, desto höher die Prämie. Es ist ein raffiniertes, teuflisches System, das die Arbeiter zu immer höheren Leistungen anspannt.

Stellung des DAB-Kongresses zum Tarif- und Leistungslohn

In der Broschüre des DAB-Kongresses, die von der Leitung während des Streiks gegen Arbeiter und für den Leistungslohn im Jahre 1927 herausgegeben wurde, heißt es:

„Der Tariflohn bedeutet: Unlust zur Arbeit, Unzufriedenheit für den Arbeiter, Konkurrenzunfähigkeit des Unternehmens, Niedgang der deutschen Wirtschaft, Arbeitslosigkeit.“

Den Leistungslohn charakterisiert der DAB-Kongress folgendermaßen:

„Der Leistungslohn fördert Arbeitswillen und Vorwärtsstreben, hebt die Produktion und ermöglicht infolge besserer Ausnutzung der Produktionsanlagen auch kalkulationsmäßig höhere Entlohnung. Er ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, wenn die deutsche Wirtschaft im Auslandswettbewerb nicht unterliegen soll. Er sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Unser Kampf um den Leistungslohn ist ein Kampf für die gesamte deutsche Unternehmerschaft. Die Produktionsergebnisse in unseren Leistungslohnbetrieben haben uns die Möglichkeit des beschrittenen Weges bewiesen. Unsere Unkosten haben sich infolge der gesteigerten Produktion nicht erhöht... Der Leistungslohn ist mehr als ein Begriff, ist mehr als ein Lohnsystem. Der Leistungslohn in Grundlage und Auswirkung voll erfasst, ist ein wirtschaftliches Programm. Es ist ein Wirtschaftsprogramm für uns, für den deutschen Unternehmer, für jeden Unternehmer.“

Nach obigen Zeilen ist jedermann klar, was der Leistungslohn für die Arbeiterkraft bedeutet. Aus den Zitaten über den Leistungslohn spricht der brutale nackte Profitgier des Unternehmers. Weiter heißt es in der Broschüre des DAB-Kongresses:

„Unser Kampf galt und gilt den Gewerkschaften in ihrer heutigen wirtschaftsüberdrehlichen Einstellung. Eine Anerkennung des Leistungslohnsystems würde den wesentlichen Differenzpunkt beseitigen.“

Nun, der Differenzpunkt ist beseitigt. Die Einheitsfront zwischen dem DAB-Kongress und dem Textilarbeiterverband „zur Ausnutzung der Arbeitskraft des einzelnen bis zur Erschöpfung“, wie der DAB im Jahre 1928 nach behauptete, ist hergestellt. Eines der unerhörtesten Antreiberprogramme ist tariflich verankert. In der Betriebsräte-

Zeitschrift des Deutschen Metallarbeiterverbandes schreibt Fleißner, Dresden:

„Der Leistungslohn bedeutet Befestigung der Tariflöhne, keine Rücksicht auf ein Existenzminimum, keinen „Garantielohn“, hat dessen ein Lohnsystem, das dem Unternehmer den Profit unter allen Umständen sichert, das Risiko der Konjunktur allein den Arbeitern auferlegt.“

Derselbe Fleißner behauptet dann einige Zeilen weiter in demselben Artikel:

„Gleichgültig sind die Gewerkschaften heute so stark, daß sie solche Pläne zerkühen.“

Wie „stark“ die Gewerkschaften sind, beweist der Abschluß des Tarifes. Im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft unterstützen die Gewerkschaftsführer auch die reaktionären Pläne der Unternehmer. Aber die größte Schamlosigkeit ist es, wenn die Bürokraten diesen Tarif noch als ein neues Ideal hinstellen. Der „Textilarbeiter“ vom 10. April 1929 schreibt über diesen Schandvertrag:

„Er ist eine Brücke für die Zukunft. Die den Tarifvertrag abschließenden Parteien werden jetzt zu beweisen haben, ob das, was ihr Wollen und Willen war, während der Dauer dieses Vertrages, geknüpft auf Treu und Glauben, in loyaler Form durchgeführt wird... Nach Lage der Dinge und unter Berücksichtigung der abgegebenen Erklärungen vor dem Schlichter bei Abschluß dieses Vertrages scheint es so zu werden, daß sich beide Parteien, die hier Neuland betreten haben, wirklich bemühen werden, dem neuen Gedanken zum Siege zu verhelfen... Es gelang, ein derartig kompliziertes, für die Zukunft vielleicht richtung gebendes Werk zustandezubringen.“

Was das die physische Arbeitskraft des Proletariats binnen kurzem vernichtende Leistungslohnsystem wird als „ein für die Zukunft richtung gebendes Werk“ von den Gewerkschaftsbürokraten bezeichnet.

Was bedeutet dieses System für die Arbeiter?

Jedem Arbeiter ist klar, daß die Einführung des Leistungslohnes eine maximale Kräfteanstrengung von jedem Arbeiter verlangt. Die ungeheuerliche Intensität der Arbeit wird die Kräfte der Arbeiter mit kolossaler Geschwindigkeit abnutzen. Das mörderische Tempo der Arbeit bedeutet eine starke Verkürzung der Lebensdauer für das Proletariat. Nur ganz vollwertige Arbeitskräfte werden beim Leistungslohn etwas mehr, die weniger geeigneten und schwächeren Arbeiter aber weniger verdienen wie im Zeitlohn. Es ist selbstverständlich, daß die verschiedensten Prämienysteme immer wieder führen müssen zur Kürzung des Akkordlohnes und zur fortwährenden Erhöhung der Intensität der Arbeit. Nachdem die Arbeiter zu einer maximalen Kräfteanstrengung veranlaßt wurden, kommen sie immer wieder mit ihrem Lohn zu dem Ausgangspunkt zurück, wo sie vor der Leistungssteigerung standen. Im Tarifvertrag wird ausdrücklich gesagt, daß

„bei betriebstechnischen und betriebsorganisatorischen Erfordernissen die Akkordhöhe verändert werden können.“

Veränderungen sollen allerdings nur unter Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertretung erfolgen. Mitwirkung der Betriebsräte heißt aber nicht, daß die Zustimmung des Betriebsrates bei Akkordherabsetzungen vorhanden sein muß. Akkordkürzungen in den Betrieben des DAB-Kongresses aber sind etwas Alltägliches. Dieses Lohnsystem, welches Raubbau an der Arbeitskraft des Proletariats treibt, muß von der Arbeiterkraft mit aller Konsequenz bekämpft werden. Die Reformisten aber wollen dem „neuen Gedanken“ zum Siege verhelfen.

Eine demokratische „Errungenschaft“ beseitigt

Bemerkenswert ist noch, daß bei Streitigkeiten, die sich aus dem Vertrage ergeben, die staatlichen Schlichtungsinstanzen ausgeschaltet worden sind. Streitigkeiten sind möglichst im Wege der Verhandlung zwischen der Vertragspartei zu regeln. Wird eine Einigung nicht erzielt, so entscheidet über grundsätzliche Fragen endgültig ein vereinbartes Schiedsgericht, das aus einem unparteiischen, ein für allemal ernannten Vorsitzenden und je zwei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht. Das heißt in jedem Falle also Unterordnung unter das Diktat eines „neutralen“ Schiedsrichters.

Der neue arbeiterfeindliche Pakt der Reformisten liegt ganz in der Theorie der Wirtschaftsdemokratie. Dieses Prämienlohnsystem ist eine große Gefahr für das gesamte Proletariat. Die Arbeiter müssen diese Gefahr erkennen und den Bloß, der auf Geheiß und Verberb zwischen den Gewerkschaftsführern und den Kapitalhähnen zur Erhaltung der kapitalistischen Profitwirtschaft abgeschlossen wurde, zer-schmettern!

87750 Exemplare

der Erwerbslosenausgabe der „A.-Z.“ wurden in der Zeit vom 17. Januar bis zum 2. Mai im Sonderverkauf abgesetzt. Bei der Annahme, daß jeder Erwerbslose viermal unsere Zeitung gekauft hat, steht fest, daß über

20000 Proleten

die nicht zu unserem händigen Abonnentenzreis rechnen, die „A.-Z.“ gelesen haben. Deshalb haben sie das getan? Deshalb, weil die „A.-Z.“ sie über die wichtigsten Fragen unterrichtete und ihnen praktische Vorschläge zur Führung des Kampfes gab.

A Du

hast bereits das öftere die „A.-Z.“ gelesen und warst stets mit ihrer Schreibweise einverstanden. Beeile dich, die „A.-Z.“ zu abonnieren! Fordere deine Kollegen auf, das gleiche zu tun! Die drohenden Gefahren zwingen die Proleten, die rote Einheitsfront enger denn je zu schließen.

„Freidenker“ Pletsch marschiert

Stolz hörte man die „Botschaft“ jüngst verkünden: Die Pletche schreiten auf dem rechten Pfad...

Als Staatsmann muß er das ja besser wissen... Wenn Braun befehlt, so macht der Siewers Lufch...

Man macht so weiter seine Jugendweihen, Der stübt, der wird bestattet vom Verrein...

Der „Geist“ marschiert... Du merkst nur nicht, Kollege! Der Lich will selbst im Irrenhaus Religion...

Kasimir Sublimier.

Unfall auf dem Paschplatz. Am Dienstag, gegen 19,20 Uhr, stürzte die Arbeiterin Elfriede Besche auf dem Paschplatz...

Selbstmord. Der Fleischermeister F. R., 56 Jahre alt, versuchte am Dienstag in seiner Wohnung, Bärenstraße, Selbstmord durch Gasvergiftung.

Vermisstes junges Paar. Vermißt wird die Arbeiterin Margarete Hüner, geboren am 28. 4. 1911 zu Breslau, Promnitzstraße 63...

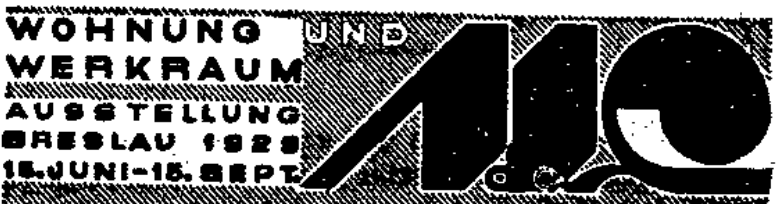
Brand in Wöllendorf. Gestern, Dienstag, gegen 1 1/2 Uhr, wurde die Landspitze der Breslauer Feuerwehr nach Wöllendorf alarmiert...

General-Mitgliederversammlung der Z.M.G. am Donnerstag, um 10 1/2 Uhr, im „Selben Löwen“, Ockerstraße. Tagesordnung: 1. Was bringt das neue Strafgesetzbuch...

Die Stadtverordnetenversammlung hält bis auf weiteres keine Sitzungen ab.

Delik-Theater. Das Programm dieser Woche steht im Zeichen des Humors. Die beiden Dänen Pat und Patachon treiben diesmal als Detektive durch mehrere Akte ihr vergnügliches Umwesen...

Volkstheater. Zu den Südpark-Konzerten der Schlesischen Philharmonie, die am 23. Mai ihren Anfang nehmen und bis August fortgesetzt werden, erhalten die Mitglieder der Volkstheater in der Geschäftsstelle Eintrittskarten mit Abschritten...



Wir haben vor einiger Zeit das gemeingefährliche Treiben der sogenannten „Mitternachtsmission“ entpuppt. Heute wollen wir die andere Konkurrenzorganisation der „Heilsarmee“, die „Gotteskrieger“, und ihre Tätigkeit etwas näher beleuchten...

Wer und was sind die „Gotteskrieger“?

Wer kennt sie nicht, die „Gotteskrieger“, die mit Kollektenbüchse und religiösen Blättern von Tür zu Tür betteln gehen, und die das zusammengestellte Geld bis auf einen kleinen Prozentsatz ihrem „Kommandeur“ und Gründer abgeben müssen...

Die Schriften, die an das Publikum verkauft werden, kosten im Herstellungspreis circa 1 1/2 Pfg. das Stück. Davon werden 10-12 000 Exemplare pro Monat zum Preise von 10 bis 25 Pfg. umgesetzt.

Ein schönes Geschäft und eine guter Verdienst.

Der Erlös dient angeblich zum „Wohle armer Obdachloser“, die jedoch wenig davon zu sehen bekommen. Wie das Schriftchen und der Kalender „Der Gotteskrieger“ sagt, unterhalten die Gotteskrieger in Deutschland „Obdachlosenheim“ und „Missionsstationen“...

das sich in Breslau, in der Göggenstraße 4, befindet, finden Stellungs- und Obdachlose für 50 Pfg. (1) für eine Nacht ein minderwertiges Bett in einem gar nicht zu Wohnzwecken geeigneten Räume, und erhalten morgens eine Tasse Blüchentee und eine Braubrotstulle.

„Kommandeur“ aus zusammengestellten Zutaten eine dünne Malsuppe gekocht hat. Dann holte er sich mehrere Obdachlose aus dem Asyl, die für dieses kostenlose, „kräftigende Abendbrot“ eine Danksagung ausstellen mußten, um den Behörden zeigen zu können, was die Gotteskrieger „Gutes“ tun.

Das nur einer der „Heimlichkeiten“ aus Verzweiflung über sein elendes Dasein einen Korn oder ein Bier getrunken, so wird er an die Luft gefeßt, das heißt, er wird von dem Kommandeur, der sich auf Grund eines guten Einkommens Besseres erlauben kann, aus christlicher Nächstenliebe auf die Straße geworfen...

Als dem Kommandeur der „Gotteskrieger“ wegen Schulden und bitterer Luft der Boden in Breslau zu heiß wurde, verschwand er bei Nacht und Nebel im vorigen Dezember nach Königsberg.

Ein treuer Begleiter, mit dem „Ränge eines Majors“, folgte ihm. Auch in Ostpreußen verfuhrte man für die Armen der Armen dem Publikum die Groschen abzunehmen. Glücklicherweise wurden die „Gotteskrieger“ in Ostpreußen bald erkannt; und da in Breslau die Luft wieder etwas reiner war, kamen sie wieder zurück...

Uebrigens nennt sich der „Kommandeur“ auch „Prediger“ und gewährt sogar das „Abendmahl“ in Gestalt von Pils und Rotwein. Vielleicht nimmt er auch die sogenannte „Ohrenbeichte“ ab und kann „Sünden vergeben“?

Es wäre angebracht, daß man den „Gotteskrieger“ etwas auf die Finger sehen würde. Darum lieber Leser! Hast du einen sauer verblenden Groschen übrig, so gib ihn den proletarischen Hilfsorganisationen und nicht den Claqueurs, mögen sie sich „Gotteskrieger“, „Heilsarmee“ oder „Mitternachtsmission“ nennen. Bei ihnen weißt du nie, was mit dem Gelde geschieht, wieviel von den zusammengeschobenen Summen zum Wohlfühlen der „Offiziere“ verwendet werden.

Zwölf Millionäre in Breslau

Remna

Auch der Fabrikbesitzer Remna, Inhaber des gleichnamigen Unternehmens, wird zu den Breslauer Millionären gerechnet. So muß Herr Remna seinen Arbeitern gegenüber ist, wenn es gilt, seine Profitinteressen zu vertreten oder Angestellte zu entlassen...

weiteren Millionären

gehören Schottlaender, Sternberg, Körner und (vermutlich) Kelling. Rittergutsbesitzer Dr. Paul Schottlaender wohnt auf Schloß Hartlieb. Ihm gehören allein im Kreise Breslau zwölf Güter. Sein Grundbesitz beläuft sich auf circa 8000 Morgen, die einen jährlichen Reinertrag von über 55 000 Mark abwerfen.

Die Inhaber der S. Sternberg A.-G., die eine Familienaktiengesellschaft ist, gehören nicht der Industrie an. Sie handeln

mit Futtermittel- und Düngemitteln, das Geschäft befindet sich Neuen-Schweidnitzer Straße.

Ernst Körner, Eichendorffstraße 13, ist Konsul von Chile und Generaldirektor der „Vereinigten Holzindustrie A.-G.“, Kaiser-Wilhelm-Straße, ein Unternehmen, das zu den größten und bedeutendsten Europas gehört.

Wer sonst noch zu den Breslauer Millionären gehört, darüber existieren zahlreiche Vermutungen. So wird u. a. die Wäscherei Kelling genannt, die in Klein-Tschansch große Fabrikräume und ein neues Verwaltungshaus besitzt. Es ist schwer, wenn nicht unmöglich, die Namen festzustellen, weil alle Besitzenden ihr Vermögen zu verheimlichen bestrebt sind.

Versammlungskalender

- Romanischer Jugendverband: Gruppe Süd, Mittwoch 20 Uhr Heimabend bei Wagner, Messergasse 38. ... Sonstige Organisationen: ...

BRENNENDE RUHR Von K. GRÜNBERG Roman aus dem Kapp-Putsch

Copyright 1929 by S. Reichenberger Verlag, Rudolfsbad 13

„Aber das wäre ja doch gegen jeden Treu und Glauben,“ rief Sukrow entrüstet.

Der Bergmann piffte durch die Zähne. „Eins hast du immer noch nicht gelernt, mein lieber Ernst, daß nämlich Politik nicht mit Treu und Glauben gemacht wird.“

„Aber es sollen doch Zivilkommissare den Truppen zugeteilt sein, und Sebring selber.“

„Beschwer dich nachher bei diesen politischen Rükchenkommissaren, wenn man dich totgeschossen hat,“ sagte Ruderz, kurz sich umdrehend, und ging nach vorn, um wenigstens einmal einen Blick zum Graben hinauszuerwerfen.

Die Kumpels packten bereits schweigend ihre armselige Habe zusammen. Früher als sonst setzte die Dämmerung ein; denn der Himmel hatte sich mit schweren Regentwolken verhangen.

Bei einem geräumten Beobachterstand machte er halt. Lange schweifte sein Blick nach drüben, wo die Abenddämmerung schon gleich einem schwarzen Schleier über dem Walde lastete.

„Wer hier war noch rote Erde, freie Erde, beschirmt von stählernen Waffen in stählernen Proletarierrüstungen! Seine hatten Finger krallten in den feuchten Sand.“

„Wenn die sich denken, mein gutes MB, so zu kriegen, daß sie damit nochmals auf uns schießen können, haben sie sich eilig geschnitten,“ hörte er noch im Entfernern einen der Männer sagen.

Während die auf dem Rückzug befindlichen Rotarmisten in zügigen Scheunen kampierten, sahen die guten Bürger von Bubingrath ungetrunkt in ihren warmen Stuben und -tuschelten.

Die Roten gingen zurück! Das bedeutete Ende des Ruhrkrieges und damit aller Einquartierung, Scherereien und Requisitionen! Ordnung und Ruhe kehrten wieder, und verstoßen überschlug man bereits, welche Schadenersatzforderungen man an die Regierung stellen könne.

Der Bürgermeister hatte ausdrücklich um Stellung von Straßenpatrouillen ersucht, da er von den finster bildenden Arbeiterjungen nichts Gutes erwartete.

18. Kapitel

Ruderz war noch denselben Abend nach Swertrup zurückgefahren, um die Anfuhr der Transportautos zu beschleunigen. Seine Steppis hatte auf Sukrow immerhin einigen Eindruck gemacht, so daß dieser bei der verhänglichen Vorcommissionen sofort zu werden.

Drachen wüthete der Sturm mit aller Heftigkeit. Die Luft war erfüllt von Fauchen, Heulen, Stöhnen und Poltern. „Ein richtiges

Wetter für einen Ueberfall,“ dachte er noch im Einschlafen, aber die Müdigkeit bezwang ihn.

Er hatte das Gefühl, sich eben erst niedergelegt zu haben, als man ihn heftig beim Fuße zog. Zugleich blendete ihn Laternenchein. Vor ihm stand die kleine Ordonanz Rükper mit verhärrtem Gesicht.

„Genosse Sukrow, das Militär rückt uns nach!“ Sukrow sprang mit beiden Beinen empor und griff taumelnd nach Pistolgürt und Kartentafel.

„Wir beobachten schon die ganze Nacht, daß man hinter uns mächtig viel Leuchtflugeln abschleift. Jetzt aber leuchten sie dauernd mit einem Scheinwerfer herüber nach der Stadt,“ fuhr der Kleine aufgeregt fort.

Sie waren ins Freie getreten. Der Sturm hatte sich gelegt, aber es war empfindlich kalt. Ein fahlgelber Saum am östlichen Horizont kündete den nicht mehr fernern Morgen an.

„Was, gleich fünf Uhr? Warum habt ihr mich nicht eher geweckt, wenn euch was Verdächtiges vorkam? Wo ist Schulz?“

„Er ist mit fünf Mann auf Rindschaf nach dem Rabarierenberg zu, und hat mir unterdessen die Wache übertragen. Da drüben ist es nicht geheuer, da — da ist es wieder!“

„Wie spät ist es eigentlich?“ fragte Sukrow. Seine eigene Armbanduhr hatte er aufzuziehen vergessen. Zur Linken, der eben an die Erde kam, gab die Antwort.

„Das kann nur auf dem Rabarierenberg sein, also müssen sie über die Lippe gekommen sein,“ sagte zur Linken. „Sollen wir Alarm blasen?“

„Ich glaube, daß noch nicht, wir wollen warten, bis Schulz zurückkommt, unsere Leute sind müde genug,“ wehrte Sukrow ab. „Deute ist erster April, vielleicht macht Herr Watter nur einen kleinen Aprilscherz.“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den vollständigen Teil: Victor Dombrowski, für „Breslau und Westfalen“ und „Goldenburg“: Wilhelm Blumhagen, für „Breslau“: ...

Waldenburger Bergland

Genosse Luscher spricht:

Wittwoch, den 22. Mai, 19 Uhr in Dittersbach. Lokal zum "Liesbau".
Donnerstag, den 23. Mai, 19 Uhr in Weißstein. Lokal "Deutsches Haus".
Freitag, den 24. Mai, 20 Uhr in Altweiler. Lokal "Weißes Hof".
Sonnabend, den 25. Mai, 19 Uhr in Nieder-Salzbirnen. Lokal zum "Sandberg".
Sonntag, den 26. Mai, 9 Uhr (vorm.) in Nieder-Herrmsdorf. Lokal "Friedenshoffnung".
Sonntag, den 26. Mai, 14 Uhr in Gottesberg. Lokal "Schwarzes Hof".

Referent in diesen Versammlungen ist der Bruder des „Bergwacht“-Redaktors Luscher, Parteisekretär Genosse Luscher-Berlin. Er spricht über „Die blutigen Krawalle in Berlin und die arbeitseindliche Politik der SPD. auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens.“
 Arbeiter, her aus!

Mit der Grubenfrage durchs Waldenburger Land

Spiele und Sozialdemokratie atmen erleichtert auf. Der rote Frontkämpferbund ist verboten. Sozialdemokrat Grzesinski hat es verstanden, auch die Innenminister der verschiedenen Länder, welche noch Bedenken wegen des Verbots hatten, von der Notwendigkeit desselben zu überzeugen. In stiller Eifersucht verbergen sich die verschiedensten „Ordnung“ und „Gemeinwohl“ vor dem traurigen Rot Grzesinski. Unter ihnen „Wende“-muth. Unbeschreiblich ist seine Freude, daß er keinen „Stufenkittel“ mehr trägt, kein „Rot Front“ mehr trägt, von den Mängeln der Schalmeienkapelle verschont bleibt und schließlich keine „rotten F.“ spürt. Aber gemacht, ihr Diktator, der Hund ist verboten, jedoch die Bestimmung nicht. Die zahlreichsten Kräfte, welche das „Hungerland“ überfluteten, konnten wohl bei den Hausdurchsuchungen Schände und wohl der Teufel was austragen, aber das Herz, welches aus vollster Ueberzeugung für den Kommunismus schlägt, zu beschlagnahmen und die kommunistischen Magillen zu entfernen, sind auch diese Kräfte außerstande. Die Hausdurchsuchungen sollen übrigens von ganz besonderem Erfolg gekrönt gewesen sein. Außer einem 6er Koffer, welcher in einem Koffertrichter verpackt war, mehreren Waggons Sprengstoff, welcher in einer Zylinderhülse untergebracht war und vollkommener Ausrüstung für alle Arbeiter des Waldenburger Reviers zum Bürgerkrieg, wurde in Friedland der Bestand der Ortsliste des KKB in Höhe von 5 Pfennigen (in Worten: fünf Pfennigen) beschlagnahmt. Man darf den Kräfte gratulieren zu diesem Griff.

Mit Feiertagsstimmung im republikanischen Ruf und quiesch-vergnügt marschierte das Reichsbanner Sandberg nach Runzenhof. Die Beteiligung war besser als sonst (ungefähr 40 Personen mit Frauen, Männern und Kindern), gab es doch diesmal gratis zwei Schoppen Bier, Kaffee und Kuchen. Abends um 9 Uhr kamen sie zurück, nicht mehr marschiert, sondern gewandelt, gelammelt und getradet. Den Regenschirm geschultert. Ein Schauspiel für Götter, viele Art Republikbeschauer gegen Feinde von — links. Als Zugmittel kommt also nach Nieder-Salzbirnen mit Margarine, Sandberg mit Kaffee, Kuchen und Bier; Margarine-Partei und Bier-Wanner. Das Treffen des Reichsbanners in Langpollersdorf war — na, sagen wir es ehrlich — „im-popo-land“. Es wurde hier selbst Abchied gefeiert von der einstigen Herrlichkeit des Reichsbanners im Kreise Hungerland.

Wenn einer „über Tage“ will, da kann er was erzählen. Ich meine, wenn einer als Arbeiter über Tage auf der Grube anfangen will. Nach der Einlage folgt ein peinliches Verhör durch den Betriebsleiter. Nach dem Verhör gibt derselbe bekannt, daß er erst Erkundigungen über Verhalten, Leistungen u. a. m. bei früheren

Arbeitgebern einholen wird. Nach einigen Tagen Antwort holen. Du Arbeitstuchender bist also der Laune und Willkür des Unternehmers mit Haut und Haaren ausgeliefert. Man verlangt wohl maleisere tüchtige Arbeiter, aber die Bezahlung ist menschenunwürdig. Hast du, Arbeitstuchender, Interesse an schneller Einstellung im Uebertagebetrieb, dann bemässe dich mit Tausche (wenn du gekauft bist), Impfschein, Schulentlassungszeugnis, Führungszeugnis, Heiratserlaubnis, ärztlichem Gutachten usw. Wenn das alles in guter Ordnung ist, wird dir nichts im Wege stehen, um bei 20, 21, höchstens 23 Mark Abschlag wöchentlich und 18-20 Mark bei 30 Schichten monatlich ein „sorgenfreies“, arbeitsreiches Leben als Uebertagearbeiter, ausgeübt jeder Witterung, zu fristen. Jason.

Bürgerleben in Dittersbach?

U. R. Es gibt jetzt allerwärts „tüchtige“ SPD.-Genossen in „gehobener Stellung“, die bestrebt sind, ihrem Freund und Meister Bürgerleben in nichts nachzugeben, ja ihn noch zu übertreffen. Solche Bürgerleben gibt es auch in Dittersbach, was folgender Fall beweist: Kommt da ein SPD.-Genosse zur hohen Polizei nach Dittersbach, um Plakate abstempelein zu lassen, die für die Mittwochsversammlung bestimmt waren, in der Genosse Luscher-Berlin u. a. über die Polizeiaktivitäten spricht. Es wird ihm eröffnet, daß er noch einmal wiederkommen solle, denn der Herr Amtsvorsteher Köhler müsse erst befragt werden. Als ein Genosse zur festgesetzten Zeit erschien, war Herr Köhler persönlich nicht zu sprechen, ließ aber erklären, daß er die Plakate genehmige, allerdings mit der Bedingung, daß das Wort „Polizei“, „Brutalität“ überläßt und ein anderes geeignetes Wort darüber geschrieben wird. Damit sollte u. E. auch erreicht werden, daß infolge der vorgeschrittenen Zeit (es war am Sonnabend, kurz vor Büroschluss), ein Fleben vor den Feiertagen unmöglich gemacht würde. Jedoch ist Köhler dies vorbeigelungen, denn es ist Vorfrage getroffen worden, daß die Plakate die Feiertage überleben und so die Einwohner rechtzeitig vom stattfinden der Versammlung in Kenntnis gesetzt werden. Wenn von unseren Genossen dem Annehmen Rechnung getragen worden ist und das Wort „Brutalität“ durch ein anderes ersetzt wurde, so deshalb, um keine Gelegen-

Statt Deputatfohle - Dreck!

Natürlich die Melchiorgrube!

U. R. Sie ist berühmt, die Melchiorgrube, und als „Jede Glend“ weit bekannt. Der zweifelhafte Ruhm besteht einmal in der ungewöhnlich hohen Unfallsziffer und zum anderen durch die sprichwörtlich gewordene schlechte Beschaffenheit der Deputatfohle. Wer wirklich einmal einigermaßen brennbare Kohle erhalten hat, spricht jahrelang darüber. In der Regel ist sie schlecht, grunzschlecht. Nach dem Manteltarif stehen jedem Arbeiter, der gewisse Voraussetzungen erfüllt hat, acht Zentner Förderkohle pro Monat zu. Diese wird auch mit 3,84 Mark versteuert als Teil des Einkommens. Was aber der dafür verantwortliche Fahrsteiger Grieger unter Förderkohle versteht, das scheint er nicht gelernt zu haben — oder er will es nicht verstehen. Nachgewiesen wurde ihm jedenfalls, daß er Anweisungen herausgab, nur bestimmte Wagen mit Kohle, allerdings solche, wo man darüber streiten muß, ob es auch wirklich Kohlen dabei hat, als Deputat zu geben. So kommt es, daß die Kumpels, nachdem sie den Fuhrmann oder die Fracht bezahlt haben, das Bergnügen haben, den Jimt in die Müllgrube oder auf die Straße zu werfen und zu erfrören oder für ihre Hungerpfennige Kohlen zu kaufen! Soweit ist es gekommen! Melchiorproleten! Laßt euch das nicht gefallen. Verweigert die Annahme und stellt diese Kohlen der Grube zur Verfügung. Verlangt kostenfreie Anlieferung von Erfah. Falls das nichts nützt, verlagte die Gesellschaft beim Arbeitsgericht, gegebenenfalls beantragt Lokaltermin in der Müllgrube oder Kohlenkeller! Laßt euch diese Provolation nicht länger gefallen! Für eure mühselige und gefährliche Arbeit sollt ihr, die ihr die Kohle fördert,

heit zu verächtlichen, das Statfinden der Versammlung rechtzeitig publizieren. Durch derartige unfürnige Schikanen wird sich die Arbeiterchaft natürlich nicht abhalten lassen, in die Versammlung zu gehen und von Augenzeugen über die Kofakenmanieren der Jagriebspolizei berichten zu lassen. Dem famosen Amtsvorsteher Köhler aber raten wir, bei seinen Genossen Grzesinski und Eenering anzuregen, daß sie eine Verordnung erlassen, daß das Wort „Brutalität“ aus dem deutschen Sprachgebrauch getrieben wird, — zum Schand der deutschen Republik!

„Sozialistische“ Gemeinde ohne Kommunalriedhof

U. R. Man las in der „Dredwacht“, daß die „sozialistische“ Gemeinde Dittersbach angeblich einen „mustergültigen“ Etat aufgestellt hat. Wenn man allerdings die SPD.-Gemeindeverordner als „sozialistisch“ bezeichnen könnte, dann wäre eine solche Mehrheit vorhanden. Der daß „Sozialisten“ und „Sozialdemokraten“ grunzverschleiene Begriffe sind, das wissen auch bereits die indifferentesten. Jedenfalls haben sich sehr viele SPD.-Wähler von diesen „Sozialisten“ mehr erhofft. Ein Beispiel von vielen ist das Kapitel: K o m m u n a l r i e d h o f. Ist es nicht ein Standa!, daß trotz der „linken“ Mehrheit im Gemeindeparlament bis jetzt noch kein solcher geschaffen wurde? Alle Anträge der Kommunisten und der Freidenkerorganisation sind gescheitert an dem Willen der SPD.-Genossen und ihres „außerordentlich bewährten“ Oberhauptes. Immer noch und trotz „linker“ Mehrheit sind Freidenker gezwungen, dem Pfaffen nachzulaufen und harte Bedingungen zu schlucken, wenn sie Angehörige begraben oder die Urne beisetzen wollen! Geh! religiös, sozialistisch! Dann: „Musteretat?“ Nun, wir kommen noch in einer anderen Nummer darauf zu sprechen. Jedenfalls haben die Proleten von der Art „Sozialismus“ die Nase voll.

Landeshut

Textilproleten heraus!

Am Donnerstag, dem 23. Mai, um 20 Uhr findet im Kaiserjahl eine öffentliche Textilarbeiter-Ver-sammlung statt. Thema: „Die bevorstehende Auf-sperrung in der Textilindustrie.“ Textilarbeiter und -arbeiterinnen, erscheint rechtzeitig! (Siehe auch Artikel im politischen Teil!)

noch frieren? Das ist der Widerspruch kapitalistischer Wirtschafts-orbnung in höchster Potenz. Natürlich muß der Kampf gegen dieses System neben den kleinen Alltagskriegen geführt werden zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und zum Aufbau des Sozialismus!

Schweidnitz

Mit dem Auto in die Weistritz

An der Weistritzbrücke vor der Breitenhainer Kasperte nahm ein Lastauto die Kurve zu scharf und fuhr in der Dunkelheit gegen das Brückengeländer. Das Auto überschlug sich und stürzte mehrere Meter tief in die hochgehende Weistritz, wobei es mit den Rädern nach oben zu liegen kam. Der Chauffeur und ein Mitfahrer konnten erst nach langen Bemühungen aus ihrer Lage befreit werden. Der Fahrer wurde lebensgefährlich verletzt und erlag seinen Verletzungen. Der Mitfahrer erlitt leichtere Verletzungen. Das Auto wurde vollständig zerkümmert.

Hochwasser im Weissegebiet

Der anhaltende Regen vor Pfingsten und in der Nacht auf den ersten Pfingsttag verursachte Hochwassergefahr. Bereits am Freitag war die Weisse ausgefüllt und hatte weite Gebiete überschwemmt, namentlich hinter Schwegelsdorf auf Jakobsdorf zu. Die Weisse stieg am ersten Pfingsttag morgens wieder über einen halben Meter und vergrößerte die Überschwemmungen, die sich nun auch auf Faustbrück und Greifau erstreckten und überall die Warmbereitschaft des zum Teil auch bereits in Tätigkeit getretenen Hochwasserjuches veran-lagte.

Niederschlesien

Görlitz

Sozialfaschismus und Proletariat Die Aussperrung der schlesischen Textilarbeiter Die Verschlechterung der Erwerbslosen-versicherung!

Diese Fragen stehen auf der Tagesordnung der öffentlichen Versammlung am Freitag, dem 24. Mai, 20 Uhr im Konzerthaus.
 Arbeiter und Arbeiterinnen von Görlitz! Erscheint zahlreich!

Penzig

Aus den Organisationen. Mittwoch um 18 Uhr findet bei Christensen die Gründungsversammlung der Ortsgruppe Penzig des kommunistischen Jugendverbandes statt. Die Jungarbeiterchaft von Penzig fordern wir auf, zahlreich zu der Versammlung zu erscheinen. Besonders eingeladen sind die ehemaligen Kameraden der Roten Jungfront. — Ebenfalls heute Mittwoch um 20 Uhr Rot-Hilfe-Versammlung bei Christensen. Sehr wichtige Tages-ordnung. Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht.

Rauscha

Für die Raupspitzer wurden bisher gesammelt: Durch den Genossen D. 20 Mark, in der Meta-Hütte 11 Mark, worüber hiermit öffentlich quittiert wird. Die Sammlungen sind noch nicht abgeschlossen, so daß diejenigen Rauschaer Arbeiter, die bisher ihr Scherlein zur Unterstützung der Opfer Bürgerkriegs noch nicht beigetragen haben, noch Gelegenheit haben, das nachzuholen. Klammernossen! Geht heute als in euren Kräfte steht, denn es gilt viel Rot zu lindern!

Sprottau

Mord

In der Ortschaft Klein-Räpper bei Sprottau wurde der 61 Jahre alte Arbeiter Paul Schöpple ermordet. Der alleinlebende Mann wohnte in einem einsam gelegenen Hause hinter dem Kirchhof. Man war mit ihm, der im Keller lag, nicht

er einen Strid um den Hals. Ferner wurden verschiedene Blutspuren vorgefunden. Das Zimmer befand sich in großer Unordnung.

Die Sezierung der Leiche des Schöpple hat ergeben, daß er ermordet worden ist. Die Leiche wies am Halbe starke Strangulationsmerkmale auf, außerdem befanden sich am Kopfe einige Wunden, die von Schlägen herrühren dürften. Die Landesstriminalpolizei hat im Laufe des gestrigen Tages vier obdachlose „Lippelbrüder“ festgenommen, die während der letzten Tage im Kreise Sprottau umherzogen. Es ist kaum anzunehmen, daß sie mit dem Mord in Zusammenhang stehen. Aber man verhaftet eben. Es sind ja nur „Lippelbrüder“.

Neusalz

2500 sollen aufs Pflaster liegen

Von der durch die Arbeitgeber der schlesischen Textilindustrie zum 25. Mai beschlossenen Aussperrung sind hier etwa 2500 Arbeiter der Grabschütz-Textilwerke betroffen.

Legnitz

Geld ist weg — Kaffierer wieder da

Der Kaffeehändler des Arbeitsamts, Gerhard Grzylla, der seit dem 19. April nach Unterschlagung von mindestens 30 000 Mark flüchtig wurde, hat sich dem hiesigen Gericht selbst gestellt. Er will sich in der Hofschloßmairie aufgehalten haben. Geldmittel fand man bei ihm nicht mehr vor.

Aus dem Riesengebirge

Stadtverordnetenversammlung in Hirschberg

Die letzte Stadtverordnetenversammlung, mit der Hauptvorlage, den neuen Haushaltplan für das Jahr 1929 zu verabschieden, leitete der Vorsitzende mit dem Hinweis auf eine Denkschrift der Regierung ein. Er gab anzuwenden zu, daß die Regierung eine katastrophale Finanzpolitik betreibt. Das zeige die Staatskasse, deren Zustand sich auf die Kommunen übertrage. Er könne daher nicht verstehen, daß es in der Denkschrift heißt, die Realsteuern seien nicht zu erhöhen, sondern, wenn möglich, zu senken. Auf der anderen Seite werden den Kommunen aber immer größere Opfer

aufgelegt. Wir werden einfach den neuen Etat mit dem Defizit in Höhe von 276 518 Mark verabschieden und dem Bezirksausschuß überweisen, um vielleicht später die Steuern zu erhöhen, meinte Wlab als seiner Weisheit letzter Schluß. Genosse Kirszke zeigte an Hand von Tatsachen, daß man von dieser Regierung nichts anderes verlangen könne. Die Bürgerlichen, einschließliche Sozialdemokraten, haben gar kein Recht, zu kritisieren. Das Konordat steht bereits vor dem Abschluß, in dem der Kirche wiederum weit über eine Milliarde in den Rücken geworfen wird. Es ist charakteristisch, daß selbst der Stadtverordnetenvorsteher, der Demokrat Wlab, zugeben mußte, daß der Etat pleite ist.

Genosse Burgardt stellte den Antrag, die Gehälter der hohen Beamten zu kürzen. 3. B. 5000 Mark vom Gehalt des Oberbürgermeisters zu streichen; mit 1500 Mark könne er ganz gut auskommen. Der Bürgerblock befahl die Frechheit, an Stelle dieser Forderung 25 000 Mark der Tarifangestellten zu streichen. Selbst die sogenannte „Wohlfahrtspartei“, die immer angibt, Vertreterin der breiten Masse zu sein, stimmte in den meisten Fällen mit dem Bürgerblock. Der Herr Oberbürgermeister verschwand schleunigst aus dem Sitzungssaal, was allgemeine Heiterkeit hervorrief. Am Schluß der Beratung verblieben noch 144 618 Mark Defizit, und so wurde dieser Etat gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Beschlossen wurde ferner, das Schulgeld für höhere Schulen um 50 Mark zu erhöhen. Die Stadtverordneten befaßten sich dann noch mit der Vorlage über die Wohnung des neuen Gruppenkommandeurs. Vom Magistrat wurde von der Frau Rief am Fischerberge eine Siebenzimmerwohnung gemietet. Um diese zu bekommen, mußte die Stadt der Frau ein Darlehen von 6000 Mark gewähren, für das sie die ersten fünf Jahre keine Zinsen zahlt. Ueber diese Vorlage entspann sich eine rege Aussprache. Die kommunistische Fraktion lehnte die Vorlage ab mit der Begründung, daß es Sache des Militärfiskus sei und nicht der Stadt. Die Begründung des Magistrats, man könnte die Jägerkapelle oder gar das ganze Bataillon verlieren, sei nicht maßgebend, und die breite Masse hat daran kein Interesse. In namentlicher Zustimmung wurde die Vorlage mit 15 gegen 9 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Bürgerlichen, dagegen die Kommunisten, die SPD. und zwei von der Wohlfahrtspartei. Der Vorlage: Bewilligung von 9000 Mark zum Ankauf eines zweiten Sprengwagens, wurde widersprochen und abgelehnt. Genosse Kirszke stellte den Antrag, daß bei städtischen Arbeiten weitgehendst Hirschberger Arbeiter eingestellt werden sollen, und es sei Aufgabe des Magistrats, etwas die Hirschberger Unternehmer zu beobachten. Dieser Antrag wurde angenommen. Zum Schluß wurden noch einige Vorlagen verabschiedet bzw. dem Hauptausschuß überwiesen und die Sitzung gegen 9 Uhr geschlossen.

Für Kameraden wird eine Zeitungsträgerin gesucht. Es ertragen bei Genossen Kirszke in Hirschberg, Geschäftsstelle 45.

Oberschlesien

Prügelpädagogen in Hindenburg

In der Scharnhorstschule vom Lehrer mit dem Rohrstock ins Gesicht geschlagen

A. R. Als ich am 18. d. M. gegen 4 1/2 Uhr nachmittags von meiner Wohnung nach der Stadt gehen wollte, traf ich unterwegs einen bekannten Arbeiter. Als wir uns unterwegs unterhielten, kam das Gespräch auch auf die Schule und deren Zustände in der heutigen Zeit, unter dem Regime der SPD. und des Zentrums. Dieser Arbeiter erzählte mir von einem Fall in der Scharnhorst-Schule, wonach ein Mädchen von acht Jahren beinahe das Augenlicht verloren hätte. Da mich der Fall interessierte, begaben wir uns sofort zu den Eltern des Mädchens und stellten folgendes fest:

Der Schwertriebsbeschädigte Maschinenarbeiter Paul Franek, wohnhaft Weissenstraße 15, hat ein Kind von 8 Jahren (Mädchen), das die Schullasse 5 in der Scharnhorst-Schule beim Konrektor Petruschke besucht. Der Rektor dieser Schule, Herr Prigalla, dem diese Prügel eines Konrektors sehr gut bekannt sind, ist augenblicklich verheiratet. Das Mädchen, das sehr kränzlich und dauernd in ärztlicher Behandlung beim Stabarzt Dr. Kängova ist, wurde vor einigen Tagen von der vierten Bank in die letzte versetzt. Das Mädchen ist etwas kurzschichtig, dies ist dem Lehrer auch sehr gut bekannt, da sich die Mutter des Kindes vor einigen Tagen deswegen beschwerte. Als Strafe mußte das Kind aber gerade deswegen weiter in der letzten Bank sitzen. Am 17. d. M. in der Schreibstunde schrieb sie auf die Tafel anstatt eines deutschen r. ein lateinisches r. Darüber

hätte die ganze Klasse als Zeuge, daß er unschuldig sei, und seine Absicht war es nicht, das Kind ins Gesicht zu schlagen.

Daraufhin ging die Mutter zum Arzt und ließ das Kind untersuchen. Selbiger stellte folgendes Attest aus:

Dr. med. G. Kleff
Krankenhausarzt
Ferienstr. 27/15.

Hindenburg, den 17. Mai 1929.
Dorotheenstraße 86.

Die Schülerin Elise Franek ist nach ihrer Angabe in der Schule geschlagen und dabei anscheinend „versehentlich“ mit dem Stock ins Gesicht geschlagen worden. Es wird ihr folgender Befund bescheinigt: Auf dem Nasenbein unterhalb der Nasenwurzel befindet sich eine ein Markstück große bläuliche Verfärbung mit leichter Schwellung und ziemlicher Empfindlichkeit. Das Nasenbein ist nicht verletzt.

Für dieses Attest mußte der schwertriebsbeschädigte Vater, der sich augenblicklich noch in ärztlicher Behandlung befindet, 5 Mark bezahlen. Der Vater bezieht ein Krankengeld von täglich 2,97 Mark, das er neben Miete und anderen Ausgaben für die Verpflegung seiner Familie sehr notwendig braucht.

Dieser Fall zeigt wieder einmal, wie mit den Arbeiterkindern verfahren wird. Nicht vereinzelt steht dieser „Erziehungskakt“ da. Die Arbeiterklasse muß energisch gegen diese Prügelpädagogen und die Methoden in den Volksschulen vorgehen. Mit allem Nachdruck muß überall für die Abschaffung der Prügelstrafe eingetreten werden. In diesem besonderen Falle muß verlangt werden, daß der christliche Stadtschulrat Dopperlaßki sofort gegen den so unverschämpt prügelnden Lehrer etwas unternimmt. Vielleicht interessiert sich auch einmal der Staatsanwalt für diesen die Schüler mißhandelnden Pädagogen.

Schlag des Lehrers das Kind mit dem Rohrstock ins Gesicht.

Es fehlten nur zwei Zentimeter, und er hätte dem kranken Kinde das Auge ausgepflegt. Als die Mutter nach dem Schulunterricht bei dem betreffenden Lehrer vorstellig wurde, brüllte er sie an und jagte ihr, sie solle aus der Schule verschwinden. Wenn sie was von ihm haben wolle, so solle sie ihn verklagen. Er

Gleiwitz

Die Polizei haussucht weiter

Am Dienstagvormittag erschienen wiederum Kriminalbeamte auf dem Büro, um gleich nach sieben verschiedenen Materialien auf einmal zu suchen. Jede Schublade, jeder Schrank wurde von ihnen durchschnüffelt. Das Resultat war, daß sie erfolglos abziehen mußten.

Die Arbeitsmarktlage in Oberschlesien

Für die Zeit vom 13. bis zum 18. Mai berichtet die Zweigstelle Oberschlesien des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung folgende Zahlen: Arbeitsuchende: 34 088, Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung 25 042, in der Kränkelfürsorge 2885, offene Stellen 518, Vermittlungen 3062. In der Vorwoche: 40 271 Arbeitsuchende, 29 487 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und 2750 in der Kränkelfürsorge, 462 offene Stellen, 3246 Vermittlungen. Im Vorjahre: 24 585 Arbeitsuchende, 15 158 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und 2829 in der Kränkelfürsorge, 1082 offene Stellen und 2074 Vermittlungen. Der Rückgang der Arbeitsuchendenziffer beträgt gegenüber der Vorwoche 6183, obwohl dieselbe gegenüber dem Vorjahre noch um 9523 höher ist.

Leichenfund

Am 19. Mai ist aus dem kurzen Arm der Klodniz bei der Heingemühle die Leiche eines unbekanntes Mannes geborgen worden, die schon längere Zeit im Wasser gelegen haben muß. Der Tote ist etwa 50 Jahre alt, 1,80 Meter groß, kahl, hat gestrauten dunklen Schnurbart, kurzen unbeschnittenen Vollbart, Ahlenase und sehr lüdenhaftes Gesicht. Bekleidet war er mit dunkelgrauer Hose, einer grauen Wollstrickweste als Unterhemd, anscheinend weiß gewesenen Trikothemd, Leibriemen und schwarzen Schnürschuhen. Statt der Strümpfe trug er Fußlappen. Unterhalb der Arme trug er um die Hosensäume Bänder, wie es bei Bauarbeitern, die Leitern steigen, üblich ist. Jacke und Weste fehlten. Geld, Wertgegenstände, Gegenstände wurden nicht vorgefunden.

Hindenburg

Ist das nicht lächerlich?

Der Glattiker Fritz Bradel in Hindenburg-Zaborze hat im März 1929 durch sein entschlossenes Handeln zur Verhütung eines größeren Unglücks beigetragen und eine vielen Menschen drohende Gefahr abgewendet. Für diese Tat hat der preussische Minister des Innern seine Anerkennung ausgesprochen und ihm eine Geldbelohnung in Höhe von 30 Mark bewilligt.

Geltesgestört aufgefunden

Von der Schuppolizei wurde in Mikulitschütz eine fremde Frau aufgegriffen, die allem Anschein nach geltesgestört ist. Sie war vermuthlich mit der Eisenbahn von auswärts zugereist und hatte sich mehrere Stunden im Bahnhofgebäude aufgehalten. Da sie regungslos an der Wand stand, wurden andere Reisende auf sie aufmerksam und veranlaßten ihre Ueberführung auf die Polizeiwache, wo sie beim Verhör keine Fragen beantwortete. Sie wurde in das städtische Krankenhaus in Hindenburg eingeliefert.

Beuthen

„Ein Feind des schaffenden Volkes“

A. K. Es ist in der Tat einer der gefährlichsten Feinde des Aufstieges der Arbeiterklasse, von dem Stadtrat Dr. Jüngling-Sagan hier im christlichen Gewerkschaftshaus sprach, nämlich der Alkohol. Der Redner zeigte, daß er, obwohl bürgerlicher Herkunft, die Schwächen der Arbeiter kennt, und wußte seine Zuhörer zu fesseln

und zu packen. Aber was ein richtiger ober-schlesischer Kumpel ist, läßt sich seinen Schnaps nicht so leicht nehmen. So kam es zu einer sehr lebhaften Auseinandersetzung auf du und du.

Wenn wir den Alkohol als Feind des Volkes auch nicht vertennen, so sind wir der Ansicht, daß er mit schönen Worten oder durch Steuern nicht beseitigt werden kann. Erst wenn der Hauptfeind der Arbeiterklasse, der Kapitalismus, vernichtet ist, wird auch dieser Feind vernichtet werden können.

Ratibor

Hochwasser. Erneute Niederschläge in Oberschlesien haben wieder ein neues Steigen des Wassers und damit einen neuen Höchststand von + 6 Meter am Pegel Ratibor hervorgerufen.

Kreuzburg

Dank für 20jährige Ausbeutung

A. R. In der hiesigen Lumpenfortieranstalt A. Dängiger werden circa 200 weibliche Arbeiter beschäftigt. Das Akkordsystem und die Untertreibung nehmen von Tag zu Tag zu.

Einer Frau im Alter von 61 Jahren wurde von Herrn Schweiger zugemutet, Körbe im Gewicht von über einem Zentner allein zu tragen. Die Frau kann das jedoch nicht mehr machen und sagte das diesem Herrn. Darauf erhielt sie die Antwort: „Sie können gehen, wir können Sie nicht mehr gebrauchen.“ Die betreffende Frau arbeitet seit zwanzig Jahren bei der Firma.

Das ist der Dank dafür, daß die Arbeiterin dort ihre besten Kräfte für den Profit geopfert hat. Solange die Arbeiterin schuftete konnte, hat sie der Unternehmer für ein paar Pfennige Lohn ausgenutzt. Jetzt kann sie nicht mehr, da wirft er sie auf die Straße. Arbeiter, der Kapitalist kennt keine Rücksicht mit euch. Für ihn kommt nur der Profit in Frage. Kommt ihr dann nicht mehr voll schaffen, dann fliegt ihr. Arbeiter, erlämpft euch darum bessere Lebensbedingungen. Belämpft diese brutalen Ausbeuter bis zu ihrem vollständigen Sturz!

Rosenberg

Vom Motorrad überfahren

Am zweiten Pfingsttage wurde auf der Kreuzburger Chaussee, unweit der Stadt, ein 5 jähriges Kind von einem Motorradfahrer aus Rosenberg überfahren und schwer verletzt. Es mußte sofort ins Krankenhaus Bethanien nach Kreuzburg gebracht werden, wo man eine schwere Gehirnerschütterung und weitere Verletzungen feststellte.

Oppeln

Weiter so!

Ein arbeitsloser Genosse sammelte in wenigen Tagen 37 Mark auf die Sammelkisten der Roten Hilfe für die Angehörigen der Mai-aper in Berlin.

Eine rote Kranzschleife

A. R. Vorige Woche war die Beerdigung eines Kollegen von der Eisenbahn, welcher seit 1905 der freien Gewerkschaft angehört. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands hatte, wie zu jeder anderen Beisehung eines verstorbenen Verbandskollegen, eine Kranzdelegation entsandt. Mitten auf dem Wege ließ auf einmal der Geistliche den Trauerzug halten und verlangte die Entfernung der roten Schleife. Selbstverständlich kamen die Kollegen dem Verlangen nicht nach, zumal eine Schwester des Verstorbenen sich ebenfalls dafür einsetzte, daß gerade der Kranz jener Richtung, welcher der Verstorbene jahrzehntelang angehört, im Zuge bleiben sollte. Die Frau des verstorbenen Kollegen dagegen glaubte, dem aufdringlichen und in jeder Beziehung

Arbeiterkorrespondenten, Genossen!

Berichtet sofort über alle Vorgänge im Ort, im Betrieb, in der Gewerkschaft, an die

Lokalredaktion Gleiwitz

Ebertstraße 26

unbuddhamen Pfaffen nachgeben zu müssen und hat den Kollegen mit dem Kranze, doch nachzugeben und zurückzubleiben.

Selbstverständlich wurde der Kranz trotzdem am Grabe niedergelegt. Die diesen Vorgang beobachtende Bevölkerung von Gleiwitz hat nunmehr einen richtigen Begriff von diesen Dienern des Satans bekommen und war sehr gegen den anmaßenden Geistlichen angebracht.

Angestelltenratswahl bei der Stadt

Am 2. Juni findet bei der Stadtverwaltung die Wahl zum Angestelltenrat statt. In den früheren Jahren war es um diese sehr schlecht bestellt. Jahrelang bestand überhaupt kein Angestelltenrat. Es wäre zu wünschen, daß sich die städtischen Angestellten, die auch ein Jammerbasen führen müssen, mehr um ihre Interessen kümmern und restlos zur Wahl gehen.

Zufahrtentanzung

Die Zahlung der Kleinrentnerunterstützung findet am Montag, dem 27. Mai 1929, die Zahlung der Zuschüsse an Sozialrentner am Dienstag, dem 28. Mai 1929, vormittags von 9 bis 12 1/2 Uhr, in der Zahlstelle des Wohlfahrtsamtes, Malapancerstr., Darsagen, statt. Um pünktliche Einhaltung des Zahlungstermins wird ersucht.

Achtung, Jelle Stadt

Morgen, Donnerstag, um 10,30 Uhr, findet im bekannten Lokal eine wichtige Zellenversammlung statt. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht!

Versammlungskalender

Gleiwitz. Verband für Freiberufliche und Festerberufliche. Samstag, den 25. Mai, um 20 Uhr, im Vereinslokal, Gewerkschaftshaus, Einstelestraße, Diskussionsabend. Gäste willkommen.

Radio-Sprechapparate, Schallplatten

Loth. Tschernack, Gleiwitz, Tarnowitz-Str. 2

Vereinigte Theater

Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 18. 5. bis Sonnabend den 25. 5. täglich 20.15 Uhr:

Frühlings- Erwachen

von Frank Wedekind

Thalia-Theater

Von Sonnabend, den 18. 5. bis Sonnabend, den 25. 5. täglich 20.15 Uhr:

Der Arzt am Scheideweg

Von Bernard Shaw

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300
Täglich 20 Uhr
Gastspiel des Kammerjägers
Serge Abranovic
Friederike

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Mittwoch, 18.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie G 19
Zu Wagners Geburtstag (23. 5. 1813)
Der Ring des Nibelungen
Erster Tag:
Die Walküre
Donnerstag, 20 Uhr
Der Eigenerrbaron
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie H 19
Zieland
Sonnabend, 20 Uhr
Fra Diavolo
Sonntag, 20 Uhr
Der Eigenerrbaron

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einlaßkarten
Flugblätter
Werke
Zeitschriften
Rotationsdruck
Massenaufgaben
prompt und preiswert

PEUVAG

Papier-Erzugungs- und Verwertungsaktion - Gesellschaft Berlin
Fil. Breslau
Trebnißer Str. 55

Gesellschaftshaus „Gold-Anker“

Ende Lohestr., 3 Min. v. d. Endst. d. L. 26
jeden Sonntag
Großer Familien-Canz
P. Langer.
Saal für Vereine und Festlichkeiten zu vergeben

Wandreibhaus Grundmann

Breslau, Trebnißer Str. 21
Belebung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

Riesenauswahl moderner Herren- und Damenkleidung
Niedrigste An- u. Abzahlung
An- u. Abzahlung
An- u. Abzahlung
An- u. Abzahlung
An- u. Abzahlung

Bergarbeiter, wählt auf jeder Schichtanlage eine Kampfleitung!

Warum Genosse Wollweber aus dem Landtag ausgeschlossen wurde

Die Faustknechtmethode Bartels — Er weigerte sich, den Einspruch der kommunistischen Fraktion drucken zu lassen — Kein Ordnungsruf für Orzeszki — Der preussische Innenminister darf kommunistische Abgeordnete beschimpfen

Breslau, 21. Mai.

In der Landtagssitzung am 13. Mai wurden, wie wir feinerzeit berichtet haben, zwölf kommunistische Landtagsabgeordnete, darunter auch der Abgeordnete für Mittelschlesien, Genosse Wollweber, aus der Sitzung ausgeschlossen. Genosse Wollweber hatte in der genannten Sitzung drei Ordnungsrufe erhalten, weil er die Rolle des preussischen Innenministers Orzeszki und die Faustknechtmethode des sozialdemokratischen Landtagspräsidenten Bartels in der proletarischen und treffender Weise durch Zwischenrufe gekennzeichnet hatte. Als Orzeszki, nachdem er wiederholt durch Protestrufe zum Schweigen gebracht war, zum dritten Male bläb vor dem Rednertribüne trat, rief ihm Genosse Wollweber zu:

Der Anwalt der Polizeibanden hat das Wort.

Prompt folgte darauf ein Ordnungsruf durch Bartels. Genosse Wollweber erwiderte ihm: „Damit schaffen sie die Tatsachen nicht aus der Welt“. Obwohl dieser Zwischenruf keineswegs unpolemisch war, ließ Bartels den zweiten Ordnungsruf folgen. Er sieht sich in der Rolle eines verfallenen Schulmeisters, der keinen Widerspruch und keinen Zwischenruf „ungeahndet“ durchgehen lassen darf. Selbstverständlich lassen sich Kommunisten durch solche bornierte Ordnungsrufe nicht das Recht zur Anprangerung der SPD-Schandtat rauben. Genosse Wollweber beantwortete den Ordnungsruf des SPD-Bartels daher mit der Feststellung: „Auch mit diesen Faustknechtmethoden werden Sie uns nicht zum Schweigen bringen“. Nunmehr wurde Genosse Wollweber von Bartels unter großer Unruhe des Hauses und unter Protest der kommunistischen Abgeordneten für die Dauer der Sitzung vom Landtag ausgeschlossen. Die SPD-Abgeordneten versuchten, den Sinn seines ersten

Zwischenrufes zu verfälschen und ihm zu unterstellen, er habe sämtliche Polizeibeamten als Sadisten bezeichnet. In Wirklichkeit hatte unser Genosse, wie aus dem Wortlaut des Jurates hervorgeht, nur eine Tatsache festgestellt, nämlich die, daß sich der sozialdemokratische Innenminister zum Anwalt aller der Polizeibestallungen gemacht hat, die wir in der Arbeiter-Zeitung, gestützt auf Berichte bürgerlicher Zeitungen, angeprangert haben. Wachte es dieser „Sozialist“ sogar fertig, die wichtige Mithandlung vollkommen unbeteiligter mit „begreiflicher Nervosität der Polizeibeamten“ zu entschuldigen und die Erschießung des neuseeländischen Journalisten mit einer Handbewegung abzutun. Warum begibt er sich in die Gefahrenzone, sagte der edle SPD-Minister, also hat er sich seinen Tod selbst zuzuschreiben!

Gegen ihre Ausschließung von Sitzungen haben die davon betroffenen Genossen Landtagsabgeordneten schriftlichen Einspruch erhoben und in diesem die Methoden Orzeszki's und Bartels nochmals gekennzeichnet. Die Jenfurmethoden Böbes nachahmend, ließ Bartels unserem Genossen Wollweber nachstehendes Schreiben zugehen:

Der Präsident des Landtages

An

das Mitglied des Preussischen Landtages
Herrn Wollweber

Den von Ihnen und den weiter am 13. d. M. ausgeschlossenen Mitgliedern Ihrer Fraktion, den Abg. Peter, Gohle, Paul Hoffmann, Rau (Berlin), Boytkowski, Oberdiele, Abel, Schubert, Frau Ludwig, Raack und Jendreyk unterzeichneten Einspruch gegen die Ausschließung habe ich erhalten. In Ihren Aus-

sprechungen werden Sie dem amtierenden Präsidenten parteipolitisch einseitige Einstellung und Nichtbeachtung der Geschäftsordnung vor. Sie behaupten, daß der Herr Minister des Innern, Orzeszki, die Opfer der Mattdemonstration verschuldet habe. Sie wiederholen die beleidigenden Jurate gegenüber dem Herrn Minister des Innern, die zum Teil zu Ihrer Ausschließung geführt haben. Sie sprechen von einem sozialdemokratischen Polizeiteror. Sie behaupten, daß die Nachhaber in Preußen zu einem Bruch der Verfassung sich hergeben.

Ich bin hiernach nicht in der Lage, diesen Einspruch als Ursache des Landtags herzustellen zu lassen. Der Einspruch wird auf die Tagesordnung für den 16. Mai gesetzt, damit der Landtag über ihn entscheiden.

Den Mitunterzeichnern Ihres Einspruchs wollen Sie hiermit Kenntnis geben.

Genosse Wollweber ist auf Grund der Geschäftsordnung verpflichtet, alle ihm zugehenden Anträge oder Einsprüche von Fraktionen in Druck zu geben und den Mitgliedern des Landtages zugänglich zu machen. Der „unparteiliche“ SPD-Präsident Bartels setzt sich natürlich über diese Bestimmungen glatt hinweg und spielt in eigener Angelegenheit und in Angelegenheiten seiner Partei den Zensor. Kritik an der SPD, Kritik an Polizeisozialismus gestattet Bartels nicht. Er ist das Musterbeispiel eines „unparteilichen“ SPD-Präsidenten. Sie sind sich immer gleich, diese sozialdemokratischen Vorstehenden. Wo sie auch thronen, ob in Breslau oder Berlin, ob sie Löbe, Bartels oder Wandmann heißen, immer fühlen sie sich als die Beschützer ihrer Partei. Für die „Unparteilichkeit“ Bartels ein Beispiel: Orzeszki rief einem kommunistischen Abgeordneten zu: „Sie sind auch so ein Prüfling“. Das überhörte der sozialdemokratische Präsident natürlich, obwohl er darauf aufmerksam gemacht wurde. Seinen Ministergenossen magte er nicht zur Ordnung zu rufen.

Es bedarf bei der Zusammensetzung der sogenannten preussischen Volksvertretung nicht der Erwähnung, daß selbstverständlich der Einspruch der kommunistischen Abgeordneten abgewiesen wurde. Eine Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten fand sich zum Schutze des ehrenwerten Bartels zusammen. Präsident und „Volksvertretung“ — sie sind einander wert. Die letzte Abrechnung mit diesen Likiputimus ist nicht im Parlament des Reiches erfolgt. Die revolutionären Proletarier werden dem SPD-Bartels einmal zeigen, wo Bartels den Most holt.

Vor der Textilarbeiter-Aussperrung

Die Gewerkschaftsbürokraten kapitulieren bereits

Am Sonnabend dieser Woche, am 25. Mai, sollen, laut Ankündigung der schlesischen Textilbesitzer, 63 000 Textilarbeiter auf Straßenpflaster fliegen. Die Lage ist äußerst ernst. Die Arbeiter haben alle Bemühungen, auf dem schnellsten Wege die Gegenoffensive zu organisieren.

Die sozialdemokratische Presse widmet der bevorstehenden Aussperrung Artikel, in denen schamlos abstrakte Phrasen gebrosen und feierliche Kampfmaßnahmen den Textilarbeitern vorgeschlagen werden. Die „Volkswacht“ schließt ihren Artikel wie folgt:

„Mit der frivolsten Aussperrungsdrohung haben die schlesischen Textilindustriellen dem Faß den Boden ausgeschlagen. Sie werden bei den schlesischen Textilarbeitern, die fest hinter dem Deutschen Textilarbeiterverband stehen, auf Granit stoßen. Durch ihre Schuld ist ein Schiedsgericht nicht zustande gekommen. Ihr Einberufungsbescheid ist schon groß genug. Sie haben es wirklich nicht nötig, ihm noch das Verbrechen einer Aussperrung hinzuzufügen.“

Die „Volkswacht“ redet also von „Granit, auf den die Unternehmer stoßen werden“. Die „Bergwacht“ ist bescheiden. Sie schließt einen Artikel aus der Feder des Textilarbeiterverbandes mit folgenden Bittworten an die Adresse der Unternehmer:

„Der Verband schlesischer Textilindustrieller, G. V., behauptet, in Breslau zu gewissen Lohnangelegenheiten bereit gewesen zu sein. Wir wissen nichts davon! Warum denn so bescheiden? Warum sagt denn der Verband schlesischer Textilindustrieller nicht, was und wieviel er der Arbeiterschaft zulegen wollte! Heraus mit der Sprache, heraus mit den angeblichen „Lohnangelegenheiten“, denn darum handelt es sich ja! Wir warten auf Antwort!“

Die sozialdemokratische Presse Schlesiens begnügt sich also mit leeren Worten, die auf die Textilarbeiter den Eindruck machen sollen, als hätten die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten die Absicht, den Kampf der Arbeiter zu organisieren.

In Wirklichkeit haben sie diese Absicht nicht.

Zu der Zeit, wo „Bergwacht“, „Volkswacht“ und die anderen sozialdemokratischen Blätter Schlesiens die Bescheidenheit der vom Textilarbeiterverband aufgestellten Forderungen nachzuweisen und für sie einzutreten versuchen, erscheint in Landeshut ein vom Textilarbeiterverband herausgegebenes Flugblatt, in dem es am Schluss heißt:

„Allen Anschein nach geht die schlesische Textilarbeiter-schaft sehr schweren Kämpfen entgegen. Wir sind entschlossen, jede Verschlechterung (!) der Löhne zurück zu weisen.“

Hier wird Klipp und Klar gesagt, daß die Gewerkschaftsbürokraten gar nicht daran denken, einen Kampf für die von ihnen selbst aufgestellten, mehr als bescheidenen Forderungen auf Erhöhung der Löhne zu organisieren. Sie haben lediglich die Absicht (ob ernst, bleibt dahingestellt), die bisherigen Hungerlöhne zu verteidigen. Das ist eine Absicht, die sich von der der Unternehmer durch nichts unterscheidet. Die Unternehmer fordern bekanntlich die Verlängerung des bestehenden Lohn-tarifs auf zwei Jahre.

Aus dem Landeshuter Flugblatt des Textilarbeiterverbandes geht klar hervor, daß die schlesischen Textilarbeiter im Kampf um Erhöhung ihrer Löhne ausschließlich auf sich selbst angewiesen sind. Die Hauptforderungen, die die Textilarbeiter aufzustellen haben, sind von der Gewerkschaftsopposition bereits formuliert:

15 Pfennig Zulage pro Stunde für alle Arbeiter und Arbeiterinnen und Erhöhung des Alterslohnes um 30 Pfennig.

Um diese Hauptforderungen müssen die Textilarbeiter sofort den Kampf organisieren, als Antwort auf die angebotene Aussperrung.

Textilarbeiter, tretet zu Belegschaftsversammlungen zusammen! Wählt Kampfleitungen! Weicht dem Schlag der Unternehmer nicht aus! Organisiert die Gegenoffensive!

Streiche Unternehmerlügen

Ein Textilarbeiter aus Landeshut schreibt uns: Mit welchen demagogischen und verlogenen Mitteln die Textilindustriellen Schlesiens und ihnen voran die der Bezirksgruppe Landeshut angehörenden „noleidenden“ Fabrikanten die öffentliche Meinung für sich zu beeinflussen versuchen, zeigt ein „Eingelassenes“ im Sprechsaal des „Landeshuter Tageblattes“ vom 19. Mai. Frech und verlogen wird hier behauptet, daß von den Gewerkschaften 40 bis 70 Prozent Erhöhung gefordert wären, daß die Herstellungskosten im Westen niedriger wären als in Schlesien, daß die Leistungen der schlesischen Arbeiter und Arbeiterinnen gegenüber dem Westen niedriger und daß der Geschäftsgang gegenüber anderen Textilzentren in Schlesien ein ganz besonders schlechter wäre. Wenn es wirklich zutreffen sollte, daß 70 Prozent der Flachspinnereien stillgelegt sein sollten, so sind unseres Wissens andere Gründe als schlechter Geschäftsgang maßgebend. Diese „deutschen“ patriotischen

Gemeindearbeiterstreik im Rhein-Main-Bezirk

Frankfurt, 21. Mai. Für die Gemeinde- und Staatsarbeiter im Bereich des Rhein-Main-Bezirks der Arbeitervereine der Gemeinden und Kommunalverbände hat am 15. Mai das Zentral-Kommunal-Arbeitertribunal in Berlin einen Spruch gefällt, der eine lächerliche Lohnvermehrung von 3 Pfennig bewilligte. Dieser Schiedsspruch wurde von den Arbeitern abgelehnt, und in einer am Freitag erfolgten Abstimmung beschlossen, in den Streik zu treten. Der Streikbescheid wurde am Sonnabendvormittag verwirklicht.

Aus aller Welt

Ein Lang'oob-Fall in Oldenburg

Wie ein Berliner Abendblatt meldet, wurde auf den Vorhängen des Versorgungsamtes Oldenburg, Regierungsbekleidungsamt, ein Bombenattentat verübt. Meyer fand vor seinem Hause eine Bombe, die angezündet, aber durch irgendeinen Fehler vorzeitig erloschen war. Die Bombe war an einer Bombe befestigt. Als Täter wurde der kriegsbeschädigte Händler Rose ermittelt, der wiederholt mit seinen Anträgen auf dem Versorgungsamt abgewiesen wurde. Rose wurde festgenommen und soll bereits gefoltert haben, daß er die Tat aus Verzweiflung begangen hat.

Schwere Unfälle bei tschechoslowakischen Flugveranstaltungen

Am Freitag, 21. Mai. Bei einer Flugveranstaltung auf dem Flugplatz bei Laita in Mähren, versuchte ein 27-jähriger Wäcker aus 1000 Meter Höhe mit dem Fallschirm abzuspringen. Er verlor sich jedoch in den Vertiefungen des Apparates, wodurch sich der Fallschirm nicht entfaltete. Mit zerstückelten Gliedern wurde er als Leiche geborgen. — Auch in Brunn ereignete sich bei einer Flugveranstaltung ein schwerer Unglücksfall dadurch, daß ein Militärflieger bei einem Sturzflug die Maschine nicht mehr abfangen konnte. Er stürzte ab, wobei er und sein Begleiter so schwere Verletzungen davontrugen, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt werden muß.

Textilindustriellen benutzen die schlechte Währung der Tschechoslowakei in den drüben aus den Knochen der in den hiesigen Betrieben herausgeschundenen Profite erstandenen oder erworbenen Spinnereien so viel als nur irgend möglich zu erzeugen. Des weiteren kommt noch hinzu, daß die hiesigen im Gang befindlichen Spinnereien auf das Neueste ausgenutzt werden. Die der Firma Kinkel gehörende frühere königliche Spinnerei erzeugte früher bei elf- und dann später zehnstündiger Arbeitszeit bei mehr Beschäftigten als heute wöchentlich durchschnittlich 180 Schod Garn.

Heute werden bei bedeutend verringerter Arbeiterzahl, bei acht Stunden täglich und nur geringer Vermehrung der Spindelzahl wöchentlich 350 Schod

herausgeschunden. So wie bei Kinkel in der Spinnerei, so ist es bei allen einigermaßen technisch „gut“ geleiteten Betrieben, ganz gleich, ob Spinnerei oder Weberei. Die Milchmädchenrechnung, daß die Herstellungskosten eines Meters Ware in Viefelfeld geringere wären als in Landeshut, wird der gutbezahlte Kalkulator der hiesigen Betriebe nicht einer scharfen Nachkontrolle unterzogen wissen wollen. Im Gegenteil, wir behaupten, daß der Lohnanteil am Preise der Ware infolge der unerhörten Untertreibung und des erfolgten Wollschmucks gesunken ist. Damit entfällt auch der Schwindel von der Minderleistung der schlesischen Arbeiter. Ähnlich verhält es sich mit dem Schwindel einer 70prozentigen Lohnforderung und damit einer Mehrausgabe von 30 Millionen Mark pro Jahr. Die geforderte Erhöhung des Wollschmuckes auf 30 Prozent soll eine Sicherung gegen Kürzungen entl. Ueberverdienste im Wollschmuck sein; sind demnach bereits erarbeitete Lohn. Die Textilarbeiter-Schaft Schlesiens, welche nachgewiesenermaßen bereits heute schon unter dem Reichslohnstandeslohn der Textilarbeiter arbeitet, muß sich gegen eine Verlängerung des am 30. April abgelassenen Tarifes mit allen Mitteln zur Wehr setzen, muß den Schiedspruch zum Manteltarif ablehnen. Die Opposition ruft euch, Arbeiter und Arbeiterinnen, zum Kampfe auf.

Ueber eine Million Mark ergaunert

Die Berliner Abendblätter berichten, wurden am Montag auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei in Hildesheim der Güterkäufer Billi Blümel aus der Bülowstraße in Berlin, und der Kaufmann B. A. r. i. d. e. aus der Scheperstraße verhaftet. Die Festgenommenen bilden das Haupt einer weitverzweigten Bande von Falschspielern, die im Laufe der letzten Jahre mehr als eine Million Mark ergaunert haben.

Bisher fünf Todesopfer des Straßburger Explosionsunglücks
St. Basel, 21. Mai. Das Explosionsunglück, das sich vor einigen Tagen infolge Platzens eines Benzinhalters bei Gleisarbeiten der Straßenerbahn ereignete, und durch das zwölf Personen Brandwunden erlitten, hat bis jetzt fünf Todesopfer gefordert.

Eine Treibmine in der Danziger Bucht?

St. Warschau, 21. Mai. Wie aus Gdingen gemeldet wird, soll in der Danziger Bucht am Montag eine Treibmine beobachtet worden sein, die sich in der Richtung auf den Gdinger Hafen zu bewegte. Ein polnisches Torpedoboot wurde entsandt, um die Mine unschädlich zu machen.

Schweres Eisenbahnunglück bei Lublin. Einem Bericht aus Lublin zufolge, hat sich in der dortigen Gegend am Montagabend ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Ein aus Wlozgowo kommender Personenzug entgleiste, wobei sechs Wagen zertrümmert wurden. Der Zugführer und sein Gehilfe fanden auf der Stelle den Tod, während viele Reisende zum Teil sehr schwere Verletzungen davontrugen.

Das Erdbeben in Kleinasien. Nach in Konstantinopel eingegangenen Berichten aus dem Erdbebengebiet in Kleinasien, steht nun mit Sicherheit fest, daß wenigstens 50 Personen getötet und nahezu 100 verletzt wurden.

Eine japanische Stadt von einer Feuersbrunst vollkommen zerstört. Wie aus Tokio gemeldet wird, ist die Stadt Funatsu durch eine Feuersbrunst so gut wie völlig zerstört worden. Insgesamt 1200 Häuser wurden vollständig vernichtet. Die Zahl der Toten ist noch nicht bekannt, soll aber sehr hoch sein. Funatsu liegt etwa 145 Meilen nordwestlich Tokios, in den Ausläufern der japanischen Alpen.